

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228.

Dienstag, den 29. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Kampf um die Wahlgelder.

In der nationalliberalen Partei geht jetzt ein überaus interessanter Umbildungsprozeß vor sich, der sich in der nationalliberalen Presse überaus drastisch widerspiegelt. In der verflochtenen Reichstagsperiode gebärdeten sich die Bassermann, Stresemann und Junck vielfach als arbeiterfreundliche Sozialpolitiker, und manchmal konnte man darüber erstaunen, wie diese Herren mit der offen scharfmacherischen Richtung in der Partei, den Beumer, Leibig und Heyl, überhaupt noch auskommen konnten. Führt die Privatbeamten legten sie sich ins Zeug, teilweise hielten sie den Standpunkt des „Herrn im Hause“ für unmodern, gegen das Kohlenyndikat und den Stahlwerksverband gingen sie mit heftigen Worten vor, Herr Bassermann und später Herr Weber machten der Einführung der direkten Reichssteuern platonische Liebeserklärungen — kurz, überall sprossen auf der nationalliberalen Wiese anmutige liberale Weiden.

Aber bald fiel ein Reif in der Frühlingsnacht. Die Parteifreunde im Lager des Zentralverbandes der deutschen Industriellen sahen sich unter Führung Buecks in ihren heiligsten Gefühlen bedroht, daß einige Outsider nicht nur die Interessen der Schwerindustrie vertreten wollten, und im März dieses Jahres erschien in einem scharfmacherischen Interessenorgan jener Artikel, der ihnen folgende furchtbare Gefahr in Aussicht stellte: den Bassermann und Stresemann gegenüber müsse es künftig heißen: Taschen zu! Ja, Herr Bueck sagte schließlich der ganzen nationalliberalen Partei den Kampf an und verkündete, daß er mit fliegenden Fahnen zu den Freikonservativen hinüberziehen wolle. In den letzten Monaten kam dann die bekannte Propaganda einer Arbeitgeberpartei durch Herrn Tille hinzu, deren Spitze deutlich gegen die Nationalliberalen gerichtet war.

Und diese überkugeln sich jetzt förmlich, um die Verzehrung der mächtigen Herren von der Koh- und Hilfsstoffindustrie zu erlangen, wie fast jede Nummer der nationalliberalen Presse bestätigt. Mit Engelszungen redet man auf die bisherigen Geldgeber ein, sich von ihren Beauftragten in den Parlamenten nicht abzuwenden. Seitensprünge würden nicht wieder vorkommen. Getreulich wird nun auch dieses Versprechen gehalten, und die „Kölnische Zeitung“, die von Anfang an den Ton in der Veröhnungskampagne angab, bringt in einer ihrer letzten Nummern einen Heftartikel gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen, der selbst dem grimmigen Bueck ein schmunzelndes Lächeln abringen muß:

Es ist nachgerade ein Satz von allgemeiner Geltung, daß die Krankenkassenverwaltung zu einer Versorgungsanstalt für gesinnungstüchtige Gesonnen geworden ist und daß das sozialdemokratische Übergewicht in den Kassen, das durch das geschickte Verhältnisse zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter bedingt ist, vielfach zu einem Mißbrauch der sozialpolitisch gedachten Krankenkassen im parteipolitischen Interesse geführt hat. Schon im Mai 1900 sah sich der preußische Minister des Innern veranlaßt, in einem Erlaß an den Regierungspräsidenten auf den zunehmenden Mißbrauch der Krankenkassen durch die Sozialdemokratie hinzuweisen. Am 2. Juni 1905 sagte Fürst Bülow im preußischen Herrenhause, er erkenne an, daß es der Sozialdemokratie leider gelungen sei, sich der Krankenkassen zu bemächtigen, und zwar zum großen Nachteil der sozialen Bedeutung der Kassen: die Zustände, die sich entwickelt hätten, bedürften dringend einer Remedur. Der preußische Minister des Innern beklagte es am 23. März 1906 im Abgeordnetenhaus als ein Unheil, daß großartige sozialpolitische Institutionen im parteipolitischen Interesse mißbraucht würden, und im Juli 1907 bezeichnete es der Finanzminister an derselben Stelle als eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben der Zukunft, die Krankenkassenorganisation so umzugestalten, daß die Sozialdemokratie sie nicht zur Operationsbasis benutzen könne.

In dieser Manier geht es weiter fort, und schließlich heißt es:

Die Tendenz ist überall dieselbe: Die Krankenkassen der Sozialdemokratie! Und selbst die geplante Reform der gesamten Arbeiterversicherung ist diesen Kreisen nur dann genehm, wenn nach dem Muster der jetzigen Krankenkassenverwaltung gearbeitet wird. Da aber hierzu außerhalb der Sozialdemokratie wenig Neigung vorhanden ist, so wird auch diese Reformarbeit ohne die Zustimmung der Dreimillionenpartei ausgeführt werden müssen.

Deutlicher kann nicht zum Ausdruck kommen, wie sich die Nationalliberalen die „Reform“ der Arbeiterversicherung denken. Dabei hatte noch vor einiger Zeit einer ihrer Parteifreunde, nämlich der Generalsekretär des Bundes der Industriellen, Dr. Wendtland, ausdrücklich auf der Generalversammlung des Verbandes erklärt, daß

von einem Mißbrauch der Krankenkassen durch die Sozialdemokratie nicht die Rede sein könne.

So werden die schönen Worte der Junck-Leute auf dem schnellsten Wege ad absurdum geführt. Nicht der Phrasendrusch von Tarifverträgen, Anerkennung der Arbeiterverbände usw. beeinflusst das praktische Handeln der nationalliberalen Partei, sondern die Geldbeutel der rheinisch-westfälischen Industriebarone, die sie bei den Wahlen geöffnet halten.

Das sächsische Wahlrechtsgezerre

hat am gestrigen Montag wieder begonnen. In diesem Tage trat die Wahlrechtsdeputation der zweiten Kammer des sächsischen Landtages wieder zusammen. Die Arbeiterpartei Sachsens hofft von der Dreizehnzigerkommission überhaupt nichts mehr; sie weiß, es kann sich dort nur darum handeln, das zwischen den Konservativen und Nationalliberalen vereinbarte Kompromiß zu halten oder scheitern zu lassen. Etwas anderes ist von dieser Deputation, die monatelang nutzlos die Zeit vertrödelte hat, ohne etwas fertig zu bringen, nicht zu erwarten. Das Kompromiß aber ist derart, daß es selbst im besten Falle nur ein neues Wahlrecht bringen könnte das in mancher Hinsicht beinahe noch schlimmer ist als das jetzige Dreiklassenwahlrecht.

Nach diesem Kompromißstrom soll die zweite Kammer aus 96 Vertretern gebildet werden, statt der jetzigen 83. Für die Stimmberechtigung soll zwei-jähriger Wohnsitz am Orte der Listenaufstellung erforderlich sein, wodurch allein schon viele Tausende von Arbeitermählern, die genötigt sind, häufig ihr Domizil zu wechseln, ihres Wahlrechts beraubt würden. Das schlimmste daran ist aber das Pluralwahlrecht. Danach kann ein Wähler je nach Alter und Besitz neben der Grundstimme noch bis zu drei Zusatzstimmen erhalten. In erster Linie soll eine Zusatzstimme den Haus- und Grundbesitzern, also den sogenannten Ansässigen, gegeben werden, aber nur denen, deren Grundbesitz mindestens 75 Steuereinheiten aufbringt. So schließt man die sogenannten Häusler aus, die zunächst Arbeiter oder Kleinhandwerker sind, aber ein eigenes Häuschen besitzen. Von diesen „Hausbesitzern“ befürchtet man offenbar eine entschiedene Neigung für die Sozialdemokratie.

Sobald soll eine Zusatzstimme erhalten, wer ein Ein-jährig-Freiwilligenzeugnis hat, damit will man den „Gebildeten“ eine Extrawurst sichern, und man hofft, so auch dem Besitz nützen zu können. Der Selbständigkeit soll auch eine Zusatzstimme gesichert werden, doch sollen nur die Handwerksmeister als selbständig gelten, die dauernd zwei Gesellen beschäftigen, damit schließt man die Kleinmeister aus, von denen man weiß, daß sie wenigstens zum Teil der Sozialdemokratie zuneigen. Andererseits aber sollen alle Staats- und Gemeindebeamten mit mehr als 1800 Mark Einkommen, bei denen man nationale Hurraustimmung voraussetzt, eine Selbständigkeitsstimme erhalten. Eine Zusatzstimme soll ferner noch erhalten, wer mehr als 2200 Mark Einkommen versteuert. Zu dieser Einkommensgrenze ist man offenbar deshalb gelangt, um jeden Arbeiter sicher von einer Zuschlagsstimme auf Grund des Einkommens auszuschließen zu können. Schließlich soll noch dem Alter eine Zuschlagsstimme gewährt werden; doch ist man sich noch nicht darüber klar, ob 45 oder 50 Lebensjahre als Bedingung festgesetzt werden sollen. Doch wird man, weil die konservative Mehrheit dafür ist, sicher auf 50 Jahre kommen. Dazu wird man umso mehr geneigt sein, weil dann nur in seltenen Fällen Arbeiter die Greisenstimme erreichen werden. — Bemerkenswert sei noch, daß mehr als 4 Stimmen kein Wähler erhalten soll.

Diese kurze Kennzeichnung des sächsischen Wahlkompromisses offenbart deutlich genug, daß es eine Ausgeburt von vorkseindlicher Bosheit und kleblichstem Parteigoismus der besitzenden Klasse ist. Jeder Absatz ist darauf zugeschnitten, die Arbeiter zu entrechten, jeder einzelne Passus schlägt dem früher vom Minister Hohenthal verkündeten Grundsatze ins Gesicht, daß die arbeitende Klasse ein besseres Wahlrecht bekommen soll.

Aber die Aussichten für diesen Wechselbalg läßt sich bestimmtes noch nicht sagen. Eine gefährliche Klippe droht ihm noch in der Wahlkreiseinteilung. Darüber haben sich die Wahlrechtschacherer noch nicht einigen können und die Regierung hat abgelehnt, eine Wahlkreiseinteilung auszuarbeiten. Indes hat ein Geheimrat während des Sommers die Arbeit auf eigene Hand unternommen. Er soll damit auch fertig sein. Doch ist noch ganz ungewiß, ob die gerade in diesem Punkte sehr eifersüchtigen bürgerlichen Interessenpolitiker dadurch

zufriedenzustellen sind und ob die Regierung etwas davon wissen will.

Bisher hat sich der Graf Hohenthal auf dem Standpunkt gestellt, für ihn existiere ein Kompromiß noch nicht, solange nicht in allen Punkten eine vollständige Einigung der Parteien erzielt sei, er könne deshalb zu den bisherigen Vorschlägen keine Erklärung abgeben. Die Regierung müsse an ihrem System (Pluralwahlrecht mit Verhältniswahl und Körperschaftswahl) festhalten. Indes, obwohl sich der Minister auf sein System so festgelegt hat, daß man annehmen mußte, er müsse mit ihm stehen und fallen, ist doch auch ein Techtelmechtel mit den bürgerlichen Wahlrechtschacherern nicht ganz ausgeschlossen. Wenigstens hat sich Graf Hohenthal in der letzten Zeit über diesen Punkt so unbestimmt ausgelassen, daß man ein Nachgeben der Regierung zugunsten des oben skizzierten jämmerlichen Kompromisses für möglich halten könnte.

Für die Arbeiter gibt es unter diesen Verhältnissen natürlich nur eine Lösung: Rücksichtsloser Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht unter entschiedener Ablehnung der Kompromiß-Mißgeburt, wodurch der jetzige Zustand empörender Volksentrechtung zwar etwas geändert aber eher verschlimmert als verbessert würde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Verlassen die Matten das sinkende Schiff?

Nachdem erst vor einigen Tagen der nationalliberale Landtagsabgeordnete Oberschulrat Rebmann seinen Posten als Vorsitzenden des nationalliberalen Vereins Karlsruhe quitiert hat, sind jetzt zwei neue, überraschende Rücktritte nationalliberaler Politiker Badens bekannt geworden. Oberamtsrichter Dr. Koch-Mannheim ist von der Stelle des Vorsitzenden des badischen Landesverbandes der Jungliberalen zurückgetreten, weil der Verband in einer Abstimmung den Anschluß an die Reichsvereinigung der Jungliberalen abgelehnt hat, für die sich Koch eingesetzt hatte; und der seitherige nationalliberale Parteiführer und Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Binz-Karlsruhe hat sein Amt als Vorsitzender des engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei Badens niedergelegt, angeblich — wie er in einem eben publizierten Brief an seinen Freund und Kammerkollegen Dr. Obkircher sagt — um den Rest seines Lebens — Binz steht erst im 60. Lebensjahre — in Ruhe, fern vom Kampf, zu verbringen. Es ist anzunehmen, daß Dr. Binz damit auch bekunden wollte, daß er eine erneute Kandidatur zur Zweiten Kammer — die Wahlen finden im Oktober 1909 statt — nicht mehr annehmen werde.

Man mag die von den genannten drei Herren ihrer Resignation beigegebene Worterklärung beurteilen, wie man will: so viel steht fest, daß diese in den Reihen der Anhänger der nationalliberalen Partei des Landes den denkbar ungünstigsten, ja einen geradezu entmutigenden Eindruck machen wird. Jedermann weiß, daß es um die liberale Partei Badens, die, zwischen Zentrum und Sozialdemokratie eingeklemmt, kaum mehr zu Atem kommt, äußerst bedenklich steht, und daß sie bei den nächstjährigen Landtagswahlen einen Kampf auf Leben und Tod wird auszufechten haben, bei dem sie alle ihre Kräfte einspannen muß, um auch nur halbwegs in Ehren zu bestehen. Wenn in diesem entscheidungsvollsten Moment die ältesten und bekanntesten Führer die Fahne sinken lassen, noch bevor die Trompeten zum eigentlichen Treffen gelassen haben, so kann man sich denken, welchen schönen Eindruck das auf die Soldaten machen muß, die ihnen in den Kampf folgen sollten.

Die nationalliberale Partei Badens steht u. E. nun zu der politischen auch noch vor einer inneren organisatorischen Krise, die zu überwinden ihr nur mit Aufgebot aller Kraft gelingen wird. Der schadenfrohe Jubel der Zentrumsprelle über die überraschende Massenflucht der liberalen Führer wird zeigen, wer den Vorteil von der letzteren hat.

Freisinnige Geldbeschaffung.

Die freisinnige Partei befindet sich ebenso wie das Deutsche Reich in schweren Finanznöten, und sie sucht deshalb geschäftsmäßig nach Mitteln, ihre Kassen zu füllen. Das ist begreiflich, denn zum Kriegsführen gehört nach Montecuccis weisem Ausspruch Geld und nochmals Geld. Auch andere Parteien pflegen, wenn sie nötig Geld brauchen, sich an ihre Anhänger zu wenden und zur Zahlung und Sammlung von Beiträgen aufzufordern. Doch darauf beschränkt sich der Freisinn nicht. Er wendet sich nicht nur an seine Anhänger, sondern an alle, die etwas haben, und wenn diese auf seine Aufforderung nicht

reagieren, dann begnügt er sich nicht damit, daß er philosophisch denkt, keine Antwort ist auch eine Antwort, sondern er greift zu Drohungen und terroristischen Präzedenzen. So verfaßt z. B. der „Freisinnige Wahlrechtsausschuß“ zurzeit folgendes Zirkular:

Nachdem der unterzeichnete Freisinnige Wahlrechtsausschuß bereits zweimal bei Ihnen angefragt hat, ob Sie bei seinen Bestrebungen mitwirken wollen oder nicht, erlauben wir uns heute zum letzten Male, dieselbe Frage an Sie zu richten. Es ist uns selbst einigermassen peinlich, durch diese erneute Anfrage Ihnen Ungelegenheiten machen zu müssen, aber Sie werden verstehen, daß unsere Geschäftsstelle ein berechtigtes Interesse daran hat, diejenigen Kreise kennen zu lernen, die bei dem großen allgemeinen Kampf für die Umgestaltung der preussischen Volksvertretung tatkräftig auf unserer Seite stehen wollen.

Wir erlauben uns, dieser unserer letzten Anfrage das zweite Flugblatt des Freisinnigen Wahlrechtsausschusses beizulegen. Sie werden aus diesem Flugblatt ersehen, daß wir bemüht sind, mit Eifer und in durchaus sachlicher Weise den Angriff gegen das jetzige Dreiklassenwahlrecht zu leiten. Unser Flugblättern haben wir bisher mehrere Broschüren zur Bekämpfung des preussischen Wahlsystems herausgegeben und zahlreiche Protestversammlungen in allen Landesteilen abgehalten. Wir hoffen, daß Sie unserem Ausschusse zur Unterstützung seiner Aufgabe einen Beitrag zur Verfügung stellen, der Ihrem sachlichem Interesse und Ihrer sozialen Stellung entspricht. Die Beiträge sind an die Geschäftsstelle des Freisinnigen Wahlrechtsausschusses, Köthener Straße 48, einzusenden. Mit vorzüglicher Hochachtung
Freisinniger Wahlrechtsausschuß.

In ihren Blättern entriekteten sich die Wortführer des Freisinn über die Arbeiter, die vor der letzten Landtagswahl, um die öffentliche Stimmabgabe ad absurdum zu führen, erklärt haben, sie würden nur denen ihre Kandidatur zuwenden, die für Arbeiterkandidaten stimmen; bei der Beschaffung von Geldmitteln für ihre Kassen wenden aber diese Freisinnigen noch weit terroristischere Methoden an. Sie legen sich Listen der Begüterten an und fordern diese zur Zahlung an die freisinnigen Fonds auf. Erhalten sie keinen Beitrag, dann drohen sie, wie das obige Zirkular zeigt, den Nichtzahlenden damit, daß sie bei weiterer Zahlungsverweigerung eine schlechte Note in den freisinnigen Listen erhalten würden, da die Geschäftsstelle des Freisinnigen Wahlausschusses ein berechtigtes Interesse daran habe, diejenigen Kreise kennen zu lernen, die zu den Freisinnigen hielten. Eine Drohung, die sicherlich nicht weniger deutlich und nicht weniger „terroristisch“ ist, als die Ankündigung der Arbeiter, bei Einkäufen in erster Reihe jene Geschäftsleute berücksichtigen zu wollen, die für Arbeiterkandidaten stimmen.

Die Inkonsistenz.

Die „Königliche Zeitung“ setzt ihre Mitteilungen über die Finanzreform fort. Das Blatt teilt mit:

Die geplante Inkonsistenzsteuer soll 25 Millionen aufbringen. Behördliche Bekanntmachungen sollen freibleiben. Im übrigen wird ein Unterschied gemacht zwischen der sog. Fachpresse und der politischen Presse. Bei der Fachpresse ist ein Satz von 10 Prozent der Inkonsistenzsteuer als Steuer ins Auge gefaßt. Die politische Presse soll nach der Auflage progressiv besteuert werden, beginnend mit 10 Prozent und fallend bis zu 5 Prozent. Auch hier ist an eine Abwälzung auf den Konsum gedacht. Der Inkonsistent soll zahlen und die Zeitung soll die Steuer erheben und abliefern.

Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt noch mit, daß auch eine Plakat- und Reklamesteuer als Ergänzung hinzutritt. Das agrarische Blatt fängt jetzt auch an, sich gegen die noch immer geübte Geheimniskrämerei zu wenden, mit der Bemerkung:

„Im übrigen möchten wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es nunmehr an der Zeit sein dürfte, den Hauptinhalt der Steuerpläne zu veröffentlichen. Wie Sigura zeigt, fiktirt trotz der Vertraulichkeit manches, ja fast alles durch. Die unzuverlässigen, zum Teil unrichtigen und unvollständigen Mitteilungen sind aber lediglich geeignet, das Urteil zu verwirren und irrezuleiten.“

Wir sind auch der Meinung, daß es schon eine unvergleichliche Rücksichtslosigkeit ist, dem Volke, das diese ungeheuren Steuern aufzubringen hat, fortgesetzt nur Andeutungen zu machen. Besagt muß es ja doch einmal werden, warum also dieses Zögern?

Noch ein Steuervorschlag.

Das Bestreben, das immer bedrohlicher wachsende Geheiß des Reichs-Dalles zu bannen, bringt ständig neue Steuer-Projekte hervor. So tritt im Oktoberheft der Monatschrift für Handelsrecht und Bankwesen Dr. Heilbrunn für eine Reichsvermögenszuwachssteuer ein, d. h. eine Steuer, die nicht das Vermögen als solches, sondern die jährlichen Ertrübrigungen, den Zuwachs an Vermögen, progressiv treffen soll. Er schreibt:

„Sagt man den Vermögenszuwachs als Grundlage der Besteuerung ins Auge, so sind damit alle Momente berücksichtigt, die eine Härte und übermäßige Belastung des einzelnen nach sich ziehen können, wie Aufwand für Familie, Kindererziehung, soziale Stellung, Lasten, die durch Krankheit verursacht sind usw. Um den Beitrag, den das Vermögen im Laufe des Jahres gewachsen ist, ist die ökonomische Kraft der Einzelwirtschaft erstarkt. Dieser Betrag ist ein absolutes Kriterium der Leistungsfähigkeit. Wird die Besteuerung hierauf aufgebaut, so ergibt sich vor allem die Möglichkeit, die hohen Einkommen und die großen Kapitalbildungen, die unsere moderne Wirtschaftsentwicklung mit sich bringt, ausgiebiger zu besteuern, ohne minder leistungsfähige zugleich treffen zu müssen. Die indirekte Besteuerung belastet heute übermäßig vor allem das kleine Arbeiter-Einkommen, das durch Zölle und sonstige indirekte Abgaben mit etwa 4 1/2 bis 7 1/2 Prozent betroffen wird. So erscheint es durchaus gerecht, die hohen Einkommen in der Form einer Besteuerung der Vermögensneubildung härter zu belasten. ... Die Bildung der zu besteuerten Steuerwerte beruht schließlich zum großen Teil auch auf den gewaltigen Anwendungen des Reiches. Erst mit der Reichsbildung hat sich jener mächtige Wirtschaftskörper bilden können, den heute die deutsche Volkswirtschaft darstellt.“ Von ihr ballert der Ausschuss der deutschen

Industrie, der Schifffahrt, des Handels. Den Aufwendungen, die das Reich für den Schutz dieses großen Wirtschaftssystems macht, sollte ein Entgelt seitens der kapitalbildenden Produktion gegenübergestellt werden.“

Ob dieses Projekt, das zweifellos neben manchem Bedenklichen seine Vorteile hat, den Beifall der Kapitalisten finden wird, die es trifft, ist sehr unwahrscheinlich. Für diese Kreise haben nur solche Vorschläge wert, welche die leistungsfähigen Klassen entlasten und darum mit um so erdrückender Schwere auf die arbeitenden Massen fallen.

Die Einnahmen des Deutschen Reichs

aus Zöllen, Steuern und Gebühren abzüglich der Ausfuhrvergütungen usw., sowie Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung und der Reichseisenbahnverwaltung im August d. Js. sind im Durchschnitt nach wie vor nicht gut und sind zum Teil weit hinter der Veranschlagung im Etat zurückgeblieben. Am meisten steht wieder die Einnahme der Zölle in diesem August gegen die im vorigen August zurück, indem die Mindereinnahme gegen den August 1907 hier 12 Millionen beträgt. Schlecht sind ferner die Einnahmen aus der Verbrauchsabgabe von Branntwein, aus der Brausteuerabgabe und fast sämtlichen Reichssteuerabgaben. Die neuen Steuern von Frachtkunden usw. sind bis auf die Erbschaftsteuer, die ein Plus von 300 000 Mk. zu verzeichnen hat, gegen den August 1907 ebenfalls zurückgeblieben.

Sydow dementiert.

Schatzsekretär Sydow dementiert die Meldung, daß es in seiner Absicht liege, einen öffentlichen Vortrag über die Reichsfinanzreform zu halten. Dankbar wäre dieses Thema jedenfalls nicht.

Die Schiffsabgaben kommen.

Die Vorlage, betr. die Schiffsabgaben, ist soweit gefördert, daß sie dem Reichstag noch in diesem Winter zugehen wird. Es handelt sich dabei auch um eine andere, weite Auslegung des § 54 der Reichsverfassung, der die Erhebung von Schiffsabgaben ausschließt.

Zur Reichsfinanzreform.

Wie die „Berl. Börsenztg.“ erfährt, sollen dem Reichstag gleich nach seinem Zusammentritt Finanzreformgesetz, Beamtengefeß und Etat für 1909 vorgelegt werden. Man will also ganze Arbeit machen. Hiernach ist nicht daran zu denken, daß die Pläne der Regierung vor ihrer Beratung bekannt gegeben werden.

Die feindlichen Richtungen im Freisinn.

Die Berliner Versammlungen der Freisinnigen enden in unserer Zeit fast regelmäßig mit einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Richtung der Wiemer-Kopfsch und den Barthianern. Hat Wiemer oder Mugdan — Kopfsch bleibt gewöhnlich als Hilfsredner in der Reserve — seine pathetische Freiheitsrede gehalten, dann steht einer der Führer der Demokratischen Vereinigung auf und kritisiert die Leistungen der freisinnigen Staatsmänner von der Güte der Kopfsch und Mugdan. Sofort steigt den Wiemerianern das Blut und das Bier zu Kopfe; sie toben und schreien; die Barthianer antworten — und das Ende vom Liebe ist, daß die Barthianer unter dem Geschrei der Wiemerianer den Saal verlassen.

Auch die letzte Volksversammlung, die der Schöneberger Liberale Verein nach der Schloßbrauerei einberufen hatte, nahm — wie bereits kurz mitgeteilt — diesen Verlauf. Wiemer redete, erntete aber trotz seiner guten Stimmittel nur geringen Beifall. Dann ergriß Dr. Barth, stürmisch begrüßt, das Wort und kritisierte den Berliner Kommunalfreisinn und das Verhalten der freisinnigen Parlamentarier zur Reichsfinanzreform. Nach der „Berl. Volksztg.“ sagte er:

„Wenn der Freisinn, der im Bloß so vieles versäumt hat, nicht jetzt noch in letzter Stunde den Versuch macht, seine Position im Reichstage auszunutzen, um bei der Reichsfinanzreform das rückständige Preußen vorwärts zu bringen, so muß er seinen letzten Kredit verlieren. Unser ganzes Steuersystem ist von oben bis unten mit Ungerechtigkeiten durchtränkt, es ist eine Steuerpolitik für bevorzugte Klassen, aber keine Steuerpolitik für das darbedende Reich. Wenn es überhaupt zu einer Finanzreform kommt, dann wird sie gemacht werden mit den Konservativen und dem Zentrum, und dem Freisinn wird man sagen: Deine Anforderungen gehen zu weit, wir danken dir für deine guten Dienste, aber jetzt können wir dich nicht mehr gebrauchen. Der Freisinn darf sich nicht in eine solche Situation hineinbringen lassen, deshalb müßte er zeigen, daß er politischen Sinn genug hat, um diese Finanzreform zum Ausgangspunkt einer Politik der deutlichen Erklärung zu machen. Er muß vor allem klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß er keinen Pfennig neuer Steuern bewilligt ohne Volksrechte in Preußen.“

Nach Barth kam der Referent Kopfsch, der sofort zu allerlei Invektiven griff, die Barthianer mit Ohren verglich und von Barth behauptete, daß dieser sich des Vertrauens seiner Wähler in Hirschberg und Kiel unwürdig gezeigt habe. Das habe ihm die Wählererschaft auch zu verstehen gegeben.

Dr. Barth beantwortete diese Beleidigung mit dem Zuruf: „Das ist eine Verleumdung! Der Vorliegende rief darauf erregt, Dr. Barth solle sofort diese Beleidigung des Referenten zurücknehmen oder er müsse den Saal verlassen. Dr. Barth erklärte, er werde sofort den Nachweis führen, daß die Behauptung Kopfsch's eine haltlose Verleumdung sei. Das ließ der Vorliegende, Stadtverordneter Jöbel nicht zu; er wies Dr. Barth aus dem Saale.“

Einmütig erhoben sich darauf die in der großen Mehrheit befindlichen Demokraten. Sie erklärten sich mit ihrem Führer solidarisch und protestierten so stürmisch gegen das Vorgehen von Kopfsch und Jöbel, daß die Versammlung auf zehn Minuten vertagt werden mußte. Der Vorliegende benutzte die Pause, um der Reihe nach sämtliche Demokraten, die auf der Rebnerriste standen, aus dem Saale zu weisen. Darauf verließen die meisten Barthianer unter Hochrufen auf die Demokratische Vereinigung das Lokal, während die auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzenen Wiemerianer weiter tagten und schließlich eine Resolution faßten, in der sie den Leitern des Bloßfreisinn ihr unbegrenztes Vertrauen ausdrückten. Dann tranken sie zur Verabfolgung ihrer aufgeregten Kraven noch einige Schoppen und gingen nach Hause.

Die vorläufige Entlassung von Strafgefangenen in Bayern.

Das bayerische Justizministerium hat eine Bekanntmachung mit Ausführungsbestimmungen über die vorläufige Entlassung von Strafgefangenen erlassen. Die vorläufige Entlassung kann erst erfolgen, wenn der zu einlängeren Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe Verurteilte der Viertel, mindestens aber ein Jahr seiner Strafe verbüßt und während dieser Zeit sich gut geführt hat, wenn seiner vorläufigen Entlassung zugestimmt, wenn Gewähr dafür gegeben ist, daß er am Entlassungsorte Aufnahme und Fortkommen, insbesondere Gelegenheit zu redlicher Erwerb finden wird. Die vorläufige Entlassung kann widerrufen werden, wenn er sich der Schutzauufsicht entzieht, wenn er sich trotz Verwarnung dem Müßiggang oder dem Trunke ergibt, mit überberichtigten Personen verkehrt oder von einem ungeordneten Lebenswandel nicht abläßt, wenn er die ihm verschaffte Erwerbsgelegenheit ohne rechtfertigenden Grund aufgibt.

Schweden.

Glänzende Erfolge der Sozialdemokratie. Bei der am Freitag stattgehabten Reichstagswahl in der Hauptstadt Stockholm haben die Sozialdemokraten einen überaus großartigen Sieg errufen. Stockholm zerfiel in fünf Wahlkreise, von denen der erste fünf, die anderen vier je vier Abgeordnete zu entsenden haben. Nun wurden im ersten Kreis sämtliche fünf sozialdemokratischen Kandidaten mit je 3417 bis 3657 Stimmen gewählt, gegen die gemeinsame bürgerliche Liste, die 1749 bis 1990 Stimmen erlangte. Im zweiten Kreis wurden vier Liberale gewählt mit 3905 bis 3977 Stimmen; Sozialdemokraten waren nicht aufgestellt. Der dritte Kreis wählte einen Sozialdemokraten neben drei Liberalen. Im vierten Kreis kam die liberale Liste durch gegen eine konservative; Sozialdemokraten waren nicht aufgestellt. Dagegen fielen sämtliche vier Mandate des fünften Kreises der Sozialdemokratie zu mit 4063 bis 4140 Stimmen. Die gewählten zehn Sozialdemokraten sind Persson, Söderberg, Rissen, Lindley, Hasselqvist, Blomberg, Lindkvist, Tengdahl, Johansson und Hjalmar Branting. Insgesamt ergaben die Reichstagswahlen bisher 98 Liberale, 90 Konservative und 32 Sozialisten, zusammen 220 von 230 Mandaten. Die Rechte verlor 25 Mandate, die Liberale gewannen 9, die Sozialisten 16.

Rußland.

Wie's gemacht wird. In verschiedenen Orten sind die ärztlichen Cholera-Hilfskorps vom Volke bedroht und an einigen Orten direkt überfallen worden. Wo die Urheber dieser beklagenswerten Hege zu suchen sind, zeigt eine Mitteilung der „Russ. Korresp.“, die folgendermaßen lautet: „In diesen Tagen, da die Volksphantastie durch die graufigen Erlebnisse ohnehin besonders überhitzt ist, treibt die schwarze Presse mit Rücksicht auf die aktuellen Vorgänge eine sehr gefährliche Agitation. Die „Patrioten“ haben es nämlich herausgefunden, daß die Cholera überhaupt von den Juden und Intellektuellen herrührt. Wie dürfte es geschehen, klagt die „Ruskoje Snamja“, daß Juden, die schon dem Wesen ihrer religiösen Lehren nach unmöglich wissenschaftliche Sanitätsärzte sein können, als solche zur Verwendung kommen? Was aber die Intellektuellen im allgemeinen anbetreffe, so habe man ihrerseits im Laufe der Jahre so viele Gemeinheiten und Verbrechen gesehen, daß man auf den Gedanken komme, ob nicht auch in der Cholerafrage das Prinzip „je schlimmer, desto besser“ befolgt werde. Das Volk stirbt. Es sollte etwas geschehen. Und was zu tun sei, das weiß jedes Kind. Weshalb wird es nicht vollbracht? Und die Leser der „Ruskoje Snamja“ verstehen sehr wohl diese Sprache. Durch eine ständige Schule eifriger Propaganda hindurch, die oft genug die Winke fallen läßt und zu richtigen Programmaufforderungen übergeht, haben es die „patriotischen“ Massen gelernt, sofort zu begreifen, wenn von Juden und Volklingen die Rede ist. Die Jünger des echt russischen Verbandes wissen es ohne weiteres, daß darunter die gewalttätige Abschaffung der Verfassung und die Ausrottung der Juden gemeint sei. Denn dieser Leitfaden wird bei jeder noch so unpassenden Gelegenheit den Verbandsmassen eingetrichtert.“ Alle Mittel müssen diesen schwarzen Hunderten dienen, um ihren Haß gegen die vorwärtsstrebenden Elemente zu befriedigen. Mögen auch Tausende von Choleraerkranken ohne ärztliche Hilfe verkommen, was schiert es diese Leibgarde des blutigen Nikolaus.“

Portugal.

Vorbereitungen zum Bürgerkrieg. Nachdem es eine Zeitlang geschienen hat, daß mit dem gewalttätigen Regierungswechsel politische Ruhe eingetreten, kommen jetzt Nachrichten aus Lissabon, die auf bevorstehende blutige Kämpfe schließen lassen. Es wird behauptet, daß die Monarchisten, von der klerikalen Partei unterstützt, große Waffenlager anlegen und in den verschiedensten Klöstern Munition anhäufen. Die Zeitung „Mundo“ berichtet, daß in der letzten Woche in der Krypta des Klosters von Loios zwanzig Riften mit 500 Gewehren niedergelegt worden seien. Die Zeitungen „Liberal“ und „Lucta“ behaupten, in den Klöstern von Monticas und Quelhas lägen 3000 Gewehre und große Massen von Munition und das Jesuitenkollegium von Campolide sei ein vollständiges Arsenal. Die Zeitung „Portugal“, das Organ der Klerikalen, versichert, daß bei der ersten Gelegenheit ein Angriff auf die Gebäude aller republikanischen Zeitungen gemacht werden würde, und daß 1700 bewaffnete Männer zu diesem Angriff bereit ständen. Die Zeitungen aller Richtungen stimmen darin überein, daß die Lage außerordentlich ernst sei, und die offizielle Zeitung „Correio da Noite“ sagt, die Behörden müßten energische Maßnahmen treffen, um einen Zusammenstoß zu verhindern. Sämtliche Klöster und das Jesuitenkollegium werden militärisch besetzt.

Island.

Ein oppositionelles Parlament. Vor kurzem haben die Neuwahlen zum isländischen Parlament, dem Alting, stattgefunden. Sie endeten mit einem großen Sieg der Oppositionspartei, die der Regierungspartei 15

Ihrer alten Mandate abgewann und es damit auf 25 Abgeordnete brachte. Es wurden nur neun Regierungsparteiler gewählt, dazu kommen jedoch sechs vom dänischen König ernannte Mitglieder des Altings. Die Oppositionspartei fordert größere politische Selbständigkeit und, in ihrer radikalsten Form, gänzliche Unabhängigkeit Islands von Dänemark. Bekanntlich kam Dänemark im Jahre 1905 diesen Bestrebungen so weit entgegen, daß es den Isländern einen eigenen auf der Insel ansässigen Minister zugestand, ein Amt, das bis dahin vom dänischen Justizminister, zuletzt von dem Millionendieb Alberti, mitverwaltet wurde. Diese Reform befriedigt aber die Isländer keineswegs, zumal der neue Minister von der dänischen Regierung selbstherrlich ernannt wurde, was man in Island als einen Bruch der Landesrechte bezeichnet. Das Beispiel, das die Norweger mit ihrer Loslösung von Schweden gaben, ist natürlich auch nicht ohne Einfluß auf die ihnen stammverwandten Isländer geblieben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 29. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackelburger Allee Nr. 51, Fabz, Weberstraße Nr. 28 die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Gärner u. Heidenreich: Finkhausen Nr. 21—23, Brühmühle in der Hafenstraße, Stielbau Markt, Kalkenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Stielbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Gärner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Fabz in Finkhausen und über den Bau Hafenstraße (Brühmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Die Verhandlungen zwischen dem Lübecker Staat und der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft in Berlin wegen der Verpachtung der staatlichen Marklinie an die genannte Gesellschaft sind nach einer Meldung des „Damb. Corr.“ so gut wie abgeschlossen und das Rechtsverhältnis dürfte nach Lage der Sache auch seitens der Bürgerschaft keine Anfechtung mehr erfahren. (Das glauben wir aber doch. Red.) über den Nachpreis ist Näheres noch nicht bekannt, doch dürfte er höher sein, als das von der Gesellschaft abgegebene Gebot von 30 000 Mk. Mit der Verpachtung folgt dann auch der Ausbau von zwei weiteren Linien durch die Moislinger und die Rabeburger Allee. Die Ansicht, daß der Staat diese Linien bauen soll, um der Berliner Gesellschaft das Wasser abzugraben, ist hin-fällig geworden, denn nach dem mit ihr abgeschlossenen Kon-trakt kann der Staat oder eine andere Gesellschaft neue Linien erst dann bauen, wenn die Berliner Gesellschaft sich dessen weigert. Das trifft aber in diesem Falle nicht zu, weil die Allgemeine Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft sich zum Ausbau mehrerer Linien bereit erklärt hat. — Unsere Stellungnahme zu der Sache ist ja aus früheren Artikeln bekannt.

Aus dem Reiche der Koloniegewaltigen in Herren-wyl. Eine Agitationstour mit Hindernissen hatten Sonntag morgen drei Genossen zu bestehen. Dieselben hatten es un-ternommen, der Kolonie Herrenwyl des Hochofenwerkes einen Besuch abzustatten, und den dort wohnenden Polen einen Kalender mit aufklärendem Inhalt gratis zu verabsorgen. Eingang der Kolonie befindet sich eine sogenannte War-nungstafel mit der Aufschrift: „Hausieren und Händler ist der Zutritt verboten“. Auf diese Aufschrift bauten unsere Genossen und betreten wohlgenut die geheiligte Stätte; sie wurden aber durch das Dazwischentreten des Kolonier-walters, eines Herrn mit stattlichem Bart, nebenbei ein-stammer liberaler Parteianhänger, an ihrer freiwilligen Arbeit gehindert. Kaum daß er die Tätigkeit unserer Ge-nossen wahrgenommen hatte, stürzte er auf dieselben los mit dem Rufe: „Was machen Sie hier?“ Der also angeführte Genosse antwortete ruhig: „Ich verteilte polnische Kal-ender.“ „Machen Sie mir nichts weis“, erwiderte erregt der Herr Kolonievogt, „Sie verkaufen die Kalender und das verbiete ich Ihnen“, wobei er unseren Genossen ein Schriftstück zeigte des Inhalts, daß das Hausieren und Verkaufen in der Kolonie verboten und er das Recht habe, Zuwiderhandelnde des Platzes zu ver-weisen. Genosse Weyers, einer unserer drei Freunde, der mittlerweile näher trat, versuchte nun in gütlicher Weise den Herrn Verwalter zu belehren, daß er im Irrtum sei, indem wir die Kalender gratis verteilten und demzufolge von einem Wert auf keine Rede sein könne. „Was — sähre der Hüttengewaltige — lernen Sie doch kein em-alten Affen Grimassen schneiden“, — worauf Weyers erwiderte: Wohl dem, der sich selbst kennt. Diese Worte schienen beruhigend zu wirken; der Herr Verwalter begab sich hierauf in die Wohnung eines Polen und ließ sich von der Frau den Kalender aushändigen, wobei letztere ver-luchte, den Inhalt desselben zu verdeutlichen. Nun erst merkte der Herr Verwalter die große Gefahr, in der er und sein liberales Reich schwebte, — also Sozialdemokraten! Hier galt es energisch zu handeln, um wenigstens der schlimmsten Gefahr vorzubeugen. Übermüht trat er an unsere Genossen heran und forderte dieselben kraft seines Hausrechtes auf, sofort die Kolonie zu verlassen, widrigenfalls er sie wegen Hausfriedensbruchs belangen würde. Selbstverständlich kamen unsere Genossen dieser lebenswürdigen Aufforderung umgehend nach, dabei Betrachtungen über die eigenartigen liberalen Mährten des Herrn Verwalters und liberalen Agitators anstellend. Um nun seine ganze Autorität unseren Genossen zum Bewußt-sein zu bringen, forderte der Herr Verwalter einen inzwischen hinzugetretenen Polizeibeamten auf, die Namen der drei Hüttewalters festzustellen, wovon Verlangen denn auch lächelnd entsprochen wurde. Wie sehr sich der Herr Ver-walter als Herr der Situation fühlte, erhellt daraus, daß er ebenfalls sein Notizbuch zog, um sich die Namen der Attentäter zu merken, woran er jedoch durch den energis-chen Einspruch des Genossen Weyers gehindert wurde. So-also steht es im Reiche der Koloniegewaltigen am Hochofen-werk aus. Jedes freie Regieren der Arbeiter wird dort mit eiserner Faust erstickt. Permettsch von der Außenwelt abgeschlossen, bewacht in all ihrem Tun und Denken, ängstlich vor jedem freihetlichen Hauch behütet, glaubt man sich in den Arbeiter des Werkes eine allezeit willfährige und untertänige Pelotenzklasse zu erhalten. Und was diesen Zuständen ein besonderes Relief verleiht, was ihr ein gradezu wunderbares Gepräge gibt, ist die unumstößliche Tatsache, daß sich die Leitung dieses Unter-nehmens bis zum Kolonieverwalter als allezeit stramme und unentwegte liberale Männer entpuppen. Daß läßt tief blicken und beweist uns aufs neue die wunderbare Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des Liberalismus. Natürlich wird uns der Wachtpruch eines Koloniewalters nicht endgültig daran hindern, auch unter den polnischen Arbeitern Aufklärung zu schaffen.

wollen übrigens daran erinnern, daß das Wort, auf dem er-wachene Leute unter Vormundschaft eines Aufsichters ge-stellt werden, zum großen Teil mit staatlichen Mitteln ar-beitet. Der Staat hat nun zweifellos ein erhebliches Inter-esse daran, daß die Rechte seiner Einwohner nicht durch die Willkür einzelner Leute geschmälert werden. Hier nimmt man sich heraus, das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in ihren eigenen Wohnungen zu beschneiden. Vielleicht gedenkt man, auf Umwegen in der Kolonie die Leibeigenschaft wieder einzuführen. Der ganze Vorfall zeigt übrigens wieder ein-mal, daß die von Kapitalistenblättern als soziale Leistungen gepriesenen, von den Unternehmern errichteten Arbeiter-wohnungen in Wirklichkeit nur dazu dienen sollen, die Ar-beiter abhängig zu machen von dem Willen der „Herren“.

Fremdsprachlicher Unterricht für Volksschüler ist seit Ostern 1907 eingeführt, und zwar in der Form, daß besetzte Kinder vom 5. Schuljahre an wöchentlich zwei Stunden Unterricht in einer der beiden Fremdsprachen genießen kön-nen. Ostern 1908 nahmen bereits 392 Knaben und Mädchen in 16 Klassen am englischen und 323 in 13 Klassen am fran-zösischen Unterricht teil, sodaß anzunehmen ist, daß die Schu-len in einigen Jahren vollständige Lehrgänge für Englisch und Französisch haben werden. „Nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen — schreibt der neueste städtische Schulbericht — darf mit Recht behauptet werden, daß sich diese Neuerung im städtischen Schulwesen durchaus bewährt hat und zu den besten Hoff-nungen berechtigt. In besonders günstigem Lichte erscheint sie aber, wenn man sie in Verbindung mit der Tatsache be-trachtet, daß einige unserer Fortbildungsschulen schon bisher Unterricht in Englisch und Französisch gewährten und daß die Einrichtung fremdsprachlicher Klassen auch für die städtischen Fortbildungsschulen grundsätzlich beschlossen ist. In Zukunft wird daher auch den aus weniger bemittelten Kreisen stammenden Schülern die Möglich-keit geboten sein, einen siebenjährigen Unterricht in Englisch oder Französisch zu genießen, der zweifellos zu gutem Erfolge führen wird, da er in erster Linie auf den praktischen Gebrauch der Sprache hinstrebt und nur für Be-gabte und Strebsame bestimmt ist.“ Durch Beseitigung des nicht unbeträchtlichen Schulgeldes (12 Mk. fürs Jahr) würde diese Einrichtung freilich einem weit größeren Kreise und ge-rade denen zugute kommen können, die sonst auf den Ge-brauch dieses Bildungsmittels verzichten müßten. — Der Volk-ständigkeit halber sei mitgeteilt, daß es nicht die Lübecker Volksschulen sind, in denen fremdsprachlicher Unterricht er-teilt wird, sondern die Bezirksschulen in Chennich. Bei uns ist man bekanntlich bemüht, bezüglich der Volksschulen mög-lichst reaktionäre Wege zu wandeln.

Kinderrenten. Über die Anweisung der Kinderrenten hat das Reichs-Versicherungsamt verschiedene wichtige Grund-sätze aufgestellt. Bei Kinderrenten ist jetzt die Rückforderung gesetzlich ausgeschlossen, wenn das Kind vor Vollendung des 15. Lebensjahres im Laufe eines Monats stirbt, für den die Rente schon gezahlt ist. Trotdem ist es nicht erforderlich, daß die Kinderrente auch für den Monat, in dem das Kind das 15. Lebensjahr vollendet, immer in Höhe des vollen Monatsbetrages anzuweisen ist. Die Kinderrenten sind für den Monat, in dem das Kind das 15. Lebensjahr vollendet, nicht in Höhe des vollen Monatsbetrages anzuweisen, son-dern nur in Höhe des Teilbetrages für die Zeit bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres.

pb. Diebstahl. Am 28. d. Mts. sind aus einer Boden-kammer des Hauses Gr. Altesfähre Nr. 35 nachfolgende Gegen-stände gestohlen worden: 1 grau farierter Herrenanzug, 1 schlüchler brauner Anzug, 1 grauer Sommerüberzieher und ein dunkelgrüner Winterüberzieher. Die Sachen sind von dem Diebe in einem blau-rot gestreiften Kopftissenbezüge fortgeschafft worden.

In Puls Universum findet am heutigen Dienstagabend eine Benefizvorstellung für den Humoristen Hans Brummer und die Subrette Gise Waldmeister statt. Zur Aufführung gelangen u. a. zwei Poffen. Ferner wird das norddeutsche Männerquartett mitwirken.

Schwartau. Gemeinderats-sitzung. In zweiter Lesung wurde ein Antrag des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs, betreffs Bewilligung einer Summe zu einem Plakat, abgelehnt. Bis zur nächsten Sitzung zurück-gestellt wurde ein von einigen oldenburgischen Gemeinden unterzeichneter Antrag, der die Aufhebung des vom vorigen Landtage beschlossenen Berggesetzes wünscht. Die Antrag-steller gehen von dem Standpunkt aus, daß Staatsgrund-gesetz, welches die Unverletzlichkeit des Eigentums zugesichert, sei durch das Berggesetz, das ein Eigentumsrecht an den Schätzen unter der Erde dem Staate (der Allgemeinheit) zu-spricht, verletzt worden. Um Stimmung für ihren Gedanken zu machen, haben sie sich ein Gutachten ausstellen lassen und wollen an den neuen Landtag appellieren. Unsere Genossen vertraten die Ansicht, daß die Schätze unter der Erde dem Staate gehören. An die Kommission zurückverwiesen wurde der Antrag auf Errichtung eines Wasserwerkes, da durch eine Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins neue Ge-sichtspunkte in die Materie gebracht waren. Die Genehmi-gung des Beschlusses der Straßenpflasterung soll erst ein-geholt werden, wenn ein Beschluß des Landesverbandes über die von ihm auszuführenden Straßenbauten vorliegt.

Trabmühle. Die Gneversdorfer Mühle ist in der Nacht zum Sonntag vollständig niedergebrannt. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Hamburg. Ertrunken. Bei der Lauenburger Brücke kollidierte am Sonnabend abend eine mit zwei Personen be-setzte Jolle mit dem Passagierdampfer „Kurier“. Durch den Anprall stürzte der Arbeiter G. aus der Jolle und ertrank trotz aller Rettungsversuche seitens der Mannschaften des Dampfers. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Hamburg. Das Entgegenkommen der hür-gerlichen Gesellschaft an die Arbeiter. Einen schönen Beitrag für das Entgegenkommen der Klassenorgane an die Arbeiter in punkto Arbeiterforderungen liefert ein Beschluß, den der Ausschuß des Hamburger Parlaments über Anträge gefaßt hat, die von unseren Genossen zur Regelung der Arbeitszeit und der Ferkeln für die hamburgischen Staats-arbeiter eingebracht worden waren: Der Ausschuß, dem diese Angelegenheiten überwiesen wurden, hat fast vier Jahre ge-bräucht, um schließlich zu dem Schluß zu kommen, daß sämtliche Anträge abzulehnen seien. Der Ausschuß bean-tragt: 1. durch Verordnung diejenigen Grundzüge festzu-legen, die die gemeinsame Grundlage der Arbeitsordnungen für Staatsarbeiter bilden sollen, sowie anzuordnen, daß dauernd beschäftigte Staatsarbeiter mit Wochen- oder Monatslohn anzustellen seien; für diejenigen im Aufwendungsbesitzigen Beamten und Diätäre, denen bisher ein regelmäßiger Erholungsurlaub nicht gewährt ist, analog den in Anlage 4 Ziffer 1 enthaltenen Bestimmungen die regelmäßige Erteilung eines Erholungs-urlaubes anzuordnen. In dem Bericht, den der Ausschuß erstattet hat, heißt es: „Der Ausschuß hatte sich einerseits mit der Arbeitszeit und dem Arbeitslohn der im hamburgis-chen Staatsdienste beschäftigten Arbeiter, andererseits mit dem Erholungsurlaub der im hamburgischen Staatsdienste be-schäftigten Beamten, Diätäre und Arbeiter zu beschäftigen. Da eine einheitliche Regelung des Urlaubs der im Bureau-dienste beschäftigten Beamten, Rändig beschäftigten Hilfs-

schreiber und technischen Diätäre nach der Mitteilung des Senats vom 23. September 1904 schon in ausreichender Weise bestand, so hat der Ausschuß die Prüfung der Ur-laubfrage auf die im Augenblicke beschäftigten Beamten und Diätäre, sowie auf die Arbeiter beschränkt. Der Aus-schuß suchte sich zunächst das für seine Arbeiten erforderliche Material durch eine Umfrage bei den Magistraten der Städte Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Karlsruhe, München und Stuttgart über die Arbeitszeit, den Arbeitslohn und den Urlaub der in den dortigen städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter zu verschaffen. In Beantwortung dieser Umfrage sind dem Ausschuß von den Magistraten der genannten Städte bereits im Jahre 1905 eingehende Auskünfte über die ein-schlägigen Fragen unter Beifügung der geltenden Arbeits-ordnungen und sonstigen Bestimmungen zugegangen. Eine tabellarische Zusammenstellung des Materials ist dem Be-richt beigegeben. Eine zweite Anlage enthält Angaben über die Arbeitsbedingungen der hamburgischen Staatsarbeiter nach Berichten der einzelnen Verwaltungsbehörden. Weitere Anlagen enthalten die vom Senat im Jahre 1903 für die Fortzahlung des Lohnes bei unverhinderter Arbeitsverhinde-rung aufgestellten Grundzüge, die Bestimmungen über die Regelung des Urlaubs, einen Auszug aus den allgemeinen Bestimmungen für die Arbeiter der städtischen Verwaltung in Frankfurt a. M., sowie eine Auskunft des Senats über die Erteilung von Urlaub an Beamte des Außendienstes und über die Arbeitszeit der Staatsarbeiter. Nachdem das ge-samte Material durchgearbeitet und durch tabellarische Zu-sammenstellungen gesichtet war, hat der Ausschuß die einzelnen ihm überwiesenen Anträge einer wiederholten Beratung unterzogen. Der Antrag von Baepfow, die Arbeits-zeit in den Staatsbetrieben auf höchstens 9 Stunden festzusetzen, wurde in seinem vollen Umfange nur von einem Mitgliede des Ausschusses vertreten, während ein zweites Mitglied den Antrag, jedoch mit Beschränkung auf eine 9/10-stündige Arbeitszeit, unterstützte. Da die Arbeitszeit tat-sächlich bei einigen Behörden weniger als 10 Stunden be-trägt, so hat der Ausschuß den Senat um Auskunft darüber ersucht, ob und eventuell welche Bedenken gegen eine all-gemeine Herabsetzung der normalen Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden vorhanden seien. Der Senat hat die von den ein-zelnen Behörden auf die Frage erteilten Antworten dem Ausschuß mitgeteilt. Der Ausschuß hat sodann den Antrag Baepfow mit 8 gegen 1 Stimme, und den Antrag auf Fest-setzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden mit 7 gegen 2 Stimmen abgelehnt. — Die Gründe für die Ablehnung sind die alten. Die Verkürzung der Arbeitszeit in den staat-lichen Betrieben könne nicht ohne Einwirkung auf die Privat-industrie bleiben. Also das Interesse der Unternehmer ist für die Regierung bei ihren sozialpolitischen Maßregeln aus-schlaggebend. Die Anträge über die Lohnregulierung und periodischen Alterszulagen wurden vom Ausschuß ebenfalls abgelehnt.

Harburg. Im Heu erstickt. Im Schaffall eines Hofbesizers in Fintel wurden zwei männliche Leichen aufgefunden. Beide Personen, anscheinend Handwerks-burden, die sich auf der Wanderchaft befanden, hatten in dem Stall Unterkunft gesucht und waren auf den Heuboden geklettert. Die morschen Balken brachen jedoch und die beiden Leute wurden derartig mit Heu überschüttet, daß sie erstickten.

Harburg. Konsumbäckereien als Militär- und Hoflieferanten. Die „Konsumgenossenschaftliche Korresp.“ schreibt: Der Militärstützpunkt steht den Konsum-ver-einen im allgemeinen mit kühler Reserve gegenüber, aber, wenn Not am Mann ist, weiß er sich auch ihrer zu bedienen. Dieser Tage geriet ein Offizier in Harburg, der für die Proviantierung der Mandovtruppen zu sorgen hatte, in nicht geringe Verlegenheit. Er brauchte für den nächsten Morgen ein ziemliches Quantum Brot, das nicht nur die Nacht gebäckt, sondern auch noch einem mehrstündigen Eisenbahntransport unterworfen werden mußte, um recht-zeitig an seinem Bestimmungsort anzukommen. Sämtliche Bäckermeister Harburgs, darunter eine große Dampf-bäckerei, erklärten sich außerstande, das Brot recht-zeitig zu liefern. Das kann in Harburg nur eine Bäckerei, meinte ein Bäckermeister, nämlich die Bäckerei des Kon-sumvereins. Der Offizier ließ sich das nicht zweimal sagen. Hoch zu Roß hielt er bald darauf seinen Einzug in den Hof der Konsumvereinszentrale, brachte sein Anliegen vor und erhielt die kurze und bündige Antwort: „Jamohl, wir liefern das Brot! Am anderen Tage erfolgte prompt die Lieferung, und wie erzählt wird, soll das Brot den Soldaten und Offizieren sehr gut gemundet haben. Daß es aus einer, von übelmollenden Gegnern der Konsumgenossen-schaften als „sozialdemokratisch“ verhassten Bäckerei stammte, merkte man ihm jedenfalls nicht an. — Daß das Brot der Konsumvereinsbäckereien übrigens nicht nur Offizieren, sondern auch sehr hochgestellten Personen munde, dafür können wir noch einen charakteristischen Beitrag liefern: In einer norddeutschen Hafenstadt lag vor einiger Zeit die Segeljacht des deutschen Kaisers vor Anker, während der Proviantmeister in der Stadt weilt, um die nötigen Nahrungsmittel einzukaufen. Er begab sich zum städtischen Oberhaupt, um dort die besten Einkaufsquellen zu erfahren. Auf die Frage: Wo bekomme ich das beste Brot? erwiderte der Bürgermeister: Das erhalten Sie in der Bäckerei des Konsumvereins. Auch in diesem Falle ließ sich der Proviantmeister nicht von dem angeblich „sozial-demokratischen“ Charakter des Konsumvereins abschrecken. Er begab sich in den Brotladen des Konsumvereins, kostete das Brot, fand es vorzüglich, und die Folge davon war, daß die Segeljacht Wilhelms II. mit Brot aus der Konsum-vereinsbäckerei versehen wurde.

Hensburg. Lotgequetscht. Der Hilfsheizer Jacobson, der sich aus der Lokomotive herauslehnte, wurde auf freier Strecke von einem vorüberfahrenden Zuge erfasst und totgequetscht.

Heide. Schrecklicher Unglücksfall. Der dreijährige Sohn des Hotelbesizers Stephan fiel in eine auf dem Hofe befindliche Senkgrube und er-stickte. Die Leiche wurde bald darauf gefunden.

Schleswig. Selbstmord in der Kaserne. Der Jagenjunker v. Manstein im Regiment v. Manstein hat sich in der Nacht zum Montag in der Kaserne erschossen. — Der Geschäftsführer der Handwerkerbank, Großhopt, hat sich am Freitag vor Ankniff des Kieler Revisors entfernt und ist bis jetzt nicht zurückgekehrt. Sollte er sich vielleicht „vergangen“ haben?

Bremen. Rettung aus Seenot. Seit einem Telegramm des Kapitäns des Dampfers des Norddeutschen Lloyd „Main“, der sich auf der Fahrt von Baltimore nach Bremen befand, hat derselbe die Besatzung des Schoners „Mystery“ aus St. John, der auf hoher See gesunken ist, gerettet und an Nord genommen. Die Mannschaft wird in Bremerhaven gelandet werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: E. G. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sammler in Lübeck.

Total-Ausverkauf

meines
Schuhwarenlagers
zu bedeutend herabgesetzten Preisen,
teilweise zu und unter Einkauf
wegen Aufgabe des Geschäfts.

Carl Straubing,
Schuhmachermstr.,
Moisinger Allee 10a.
Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditions gesch. Fischergr. 52.

Kartoffeln
zum Winterbedarf,
feinste Lanenburger, französische, Magnum bonum und lange Gelbe billigst.
Wiederverkäufer äußerste Preise.
C. Heese, Jacobsens Nachfolger
Tel. 1440. Meierstr. 26.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend,
c. G. m. b. H.

Inventuraufnahme halber bleibt die Verkaufsstelle in

Eutin
am Donnerstag, 1. Oktober,
geschlossen

und bitten wir die dortigen Mitglieder, sich mit ihren Einkäufen hierauf einrichten zu wollen.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter - Verband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Gr. wissenschaftl. Vortrag des Schriftst. Richard Heise aus Berlin

über: „Das Geschlechtsleben und seine Folgeerscheinungen“.

Am Montag, 12. Oktober, abds. 8¹/₂ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Nur für Damen.

Wie der weibliche Körper gebaut ist. — Die Entstehung und Entwicklung des Menschen. — Normale und falsche Kinderlagen. — Der Geburtsverlauf. — Geburtshilfe des Arztes. — Kleiderunfiten und wie sie die Gesundheit schädigen. — Frauenkrankheiten, Vorklagerungen, Knickungen, Geschwürbildungen, Sentungen, Vorfälle etc. — Kann die Operation verhütet werden? — Unfruchtbarkeit und reicher Kinderlegen. — Die Geschlechtskrankheiten der weiblichen Personen etc. etc.

Eintritt 10 Pfg.

Die zur Vorführung kommenden über 100 Lichtbilder sind 3 Meter groß und in streng wissenschaftlicher, naturwahrer Ausführung von ersten Künstlern angefertigt.
Zu recht zahlreichem Besuch, auch von Nichtmitgliedern, ladet ein
NB. Karten sind bei unseren Vertrauensleuten und im Bureau zu haben.

Am Dienstag, 13. Oktober, abds. 8¹/₂ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Nur für Herren.

Was der Mann vom weiblichen Körper wissen muß. — Die fahren der Eye. — Mutterchaft und Kind. — Modetorheiten Krankheitsursachen. — Die Geschlechtskrankheiten. — Geschlecht Verirrungen und deren Folgen etc. etc.

(Rauchen nicht gestattet.)

Am Schluß der Vorträge: Fragebeantwortung

Kassenöffnung 7¹/₂ Uhr

Die Ortsverwaltung.

Universum

Heute Dienstag, den 29. Septbr.
Große Benefiz-Vorstellung
für Hans Brummer.

2 Komödien, Auftreten des norddeutschen Männer-Quartetts.

L. Puls.

Berlin, 28. September 1908.

Filiale Pathé frères.

Herrn **Eduard Senff,**
Tonhalle

Lübeck.

Wir erhielten Ihren w. Auftrag vom 27. cr. und haben orderten Film über die Hochbahnkatastrophe zur schnellsten Lieferung für Sie in Nota genommen. Wir hoffen, den Film am Mittwoch zu erhalten, der Ihnen sofort nach Eintreffen per Eilboten zugesandt wird. Da wir mit dem Negativ extra einen Boten nach Paris schickt haben, liegt die Möglichkeit vor, daß wir den Film vielleicht schon Dienstag abend zum Versand bringen können.

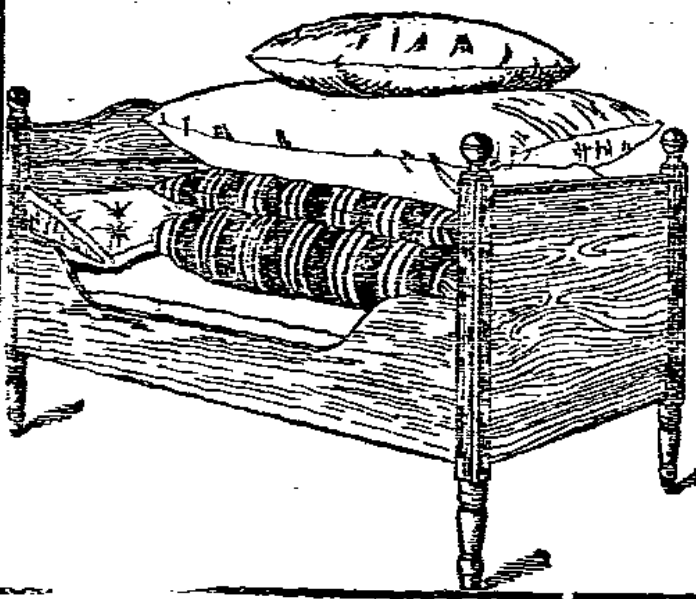
Wir empfehlen uns Ihnen

hochachtungsvoll

Pathé frères

E. Dunke.

Preiswerte Betten.



1 Walzenbettstelle, 1¹/₂ schläf. hell eiche oder nußb. lackiert 12⁵⁰Mk.

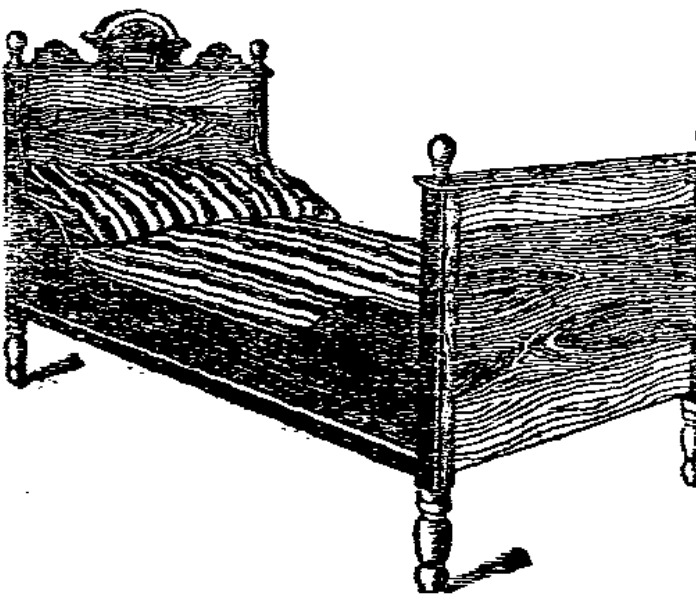
1 Sprungfeder matratze mit Keil, grau-rot gestr. Drell 18⁷⁵Mk.

1 kompl. Federbett No. 1

aus gestreitem Inlettstoff, mit grauen Federn reichl. gefüllt

Oberbett . . . 5.75
Unterbett . . . 5.65
Kissen . . . 1.40
Pfuhl . . . 2.10

komplett 46¹⁵Mk.



1 Muschelbettstelle, 1¹/₂ schläf. hell eiche oder nußb. lackiert 17⁵⁰Mk.

1 Patent-Spiralmatratze Ia. Qualität 14⁵⁰Mk.

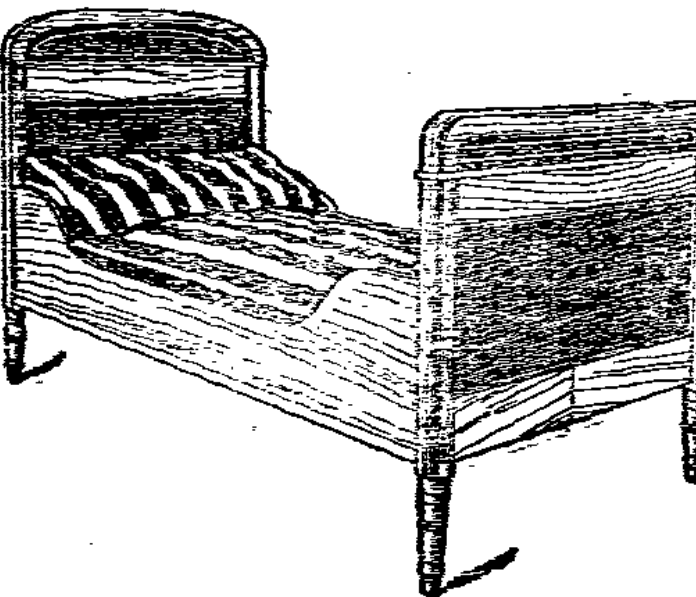
1 Auflage-Matratze mit Keil, aus gestreitem Drell 11²⁵Mk.

1 kompl. Federbett No. 2

aus Ia. grau-rot gestreitem Inlett mit gut. Federn

Oberbett . . . 10.00
Unterbett . . . 10.15
Kissen . . . 2.25
Pfuhl . . . 3.80

komplett 69⁴⁵Mk.



1 engl. Bettstelle, 1¹/₂ schläf. eiche, nußb. oder satin lack. 23²⁵Mk.

1 Patent-Matratze mit Gegendruck-Federung 18⁰⁰Mk.

1 Auflage-Matratze mit Keil, Alpengras-Füllung 15⁷⁵Mk.

1 kompl. Federbett No. 3

aus prima gestreitem Inlett mit guter Füllung

Oberbett . . . 13.25
Unterbett . . . 10.50
Kissen . . . 2.95
Pfuhl . . . 4.75

komplett 88⁴⁵Mk.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Beerdigungs-Institut Gebr. Mütze

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebnahme ganzer Beerdigungen
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise

Schmiedestr. Tonhalle Schmiedestr.

Am 30. September d. Js. sind 2 Jahre verflossen seit Eröffnung des Kinetographen in der „Tonhalle“. — Welchen Anklang die Vorstellungen des Stabli-

ments finden, ist der Beweis, daß während dieses Zeitraumes die „Tonhalle“ von einer Million weniger 7500 Personen besucht worden ist. Und ist diese Woche das große Elite-Programm eingetroffen.

gleichzeit wird auf den Brief von Pathé frères-Paris, Filiale

Berlin, in dieser Zeitung aufmerksam gemacht.

Nachstehendes Programm gilt für die Nachmittags- und Abend-Vorstellungen.

Gala-Vorstellung.

Großes Manöver (Militärchauspiel). — Der Herzenshuf (humoristisch). — Martha, das schöne Schreibmaschinenfräulein. — Die weiße Magie. — Paris vom Luftschiff aus gesehen, alle Zuschauer befinden sich in der Gondel. — Die neue Pariser Polizei. — Der Hund des Seemanns (Drama). — Der bedrohte König (Märchen). — Der gute Gendarm (dramatisch). — Es lebe die Freiheit (komisch). — Das bunte Album (koloriert). — Bo Almas Pfeil getroffen. — Originelle Verkleidung. — Eifrige Politiker

Der Heringsfang in Schweden.

Die Direktion.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitstr. 24



Stiftungsfest

des Arbeiter-Radfahrer-Vereins von Herrsburg verbunden mit Korsofahrt u. Reigenfahrten von den Gesessenen am Orte und sonstige Belustigungen

am Sonntag, den 11. Oktober 1908, im Lokale des Herrn Deshow in Herrsburg.

Anfang 4 Uhr. Eintrittspreis für Herren 1 Mk., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg. Herrenkarten im Vorverkauf 80 Pfg. Genossen und Gönner sind zu diesem Feste freundlichst eingeladen.
Das Festkomitee.

Hansa-Theater

Telephon 384.

Gastspiel

Job-Classen.

Heute Dienstag.

Anfang 8¹/₂ Uhr.

!!! Premiere !!!

Mein Freund, das Rindvieh.

Schwank in 3 Akten v. Moriz Geißhövel
Mittwoch: Abschieds-Vorstellung.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Die Cholera.

Angesichts des Vorrückens der Cholera im europäischen Rußland, wo in der Zeit von vierzehn Tagen 1683 Personen erkrankt und 787 gestorben sind, ist es die Pflicht der Presse, immer und immer wieder auf die Bedeutung dieser Seuche aufmerksam zu machen, die weder arm noch reich verschont.

Die Cholera ist ja nicht mehr unbekannt, und namentlich in Indien, wo sie heimisch ist, soll sie schon 1503 beobachtet worden sein, aber erst das Jahr 1817 bildete in ihrer Geschichte einen bedeutungsvollen Abschnitt, denn mit ihm tritt die Seuche über die Grenzen ihrer Heimat Indiens hinaus, sie dringt von da an nach dem asiatischen Kontinent und seinem Inselreiche, sowie nach den anderen Weltteilen vor und verbreitet mit ihren großen Tötungen Furcht und Schrecken über den größten Teil der bewohnten Erde. Man unterscheidet im großen und ganzen sechs Seuchenzüge, nämlich 1817 bis 1823, 1826 bis 1837, 1846 bis 1861, 1863 bis 1875, 1883 bis 1886 und schließlich die Epidemie, die im Jahre 1892 durch ihr Auftreten in Hamburg Deutschland in Unruhe versetzte, deren Anfang indes nicht mehr genau festzustellen ist. Mit ihrem häufigsten Seuchenzug treten wir in einen Abschnitt in die Geschichte der Lehre von der Cholera ein, denn während der dabei angestellten Untersuchungen fand Robert Koch ihren Erreger, den Komma-Bazillus. Deutschland wurde das erste Mal bei dem zweiten Vordringen in Mitleidenhaft gezogen, und zwar durch Ausfallspforten vom europäischen Rußland aus, sei es, daß die Epidemiewelle den Flüssen entlang zog, sei es, daß die Erkrankung durch russische Schiffe nach den Häfen verschleppt wurde. Diefelben Bezirke wurden auch in den Jahren 1848 bis 1849, sowie 1853 bis 1859 in Mitleidenhaft gezogen, während für Süddeutschland das Jahr 1854 höchst verderblich wurde. Eines der schwersten Cholerajahre war indes das Kriegsjahr 1866, denn in ihm zählte allein Preußen 114 683 Todesfälle daran. Seit dieser Zeit scheint Rußland niemals ganz von ihr befreit zu sein, und bleibt ein Verhängnis für das übrige Europa, so auch für Deutschland, das 1873 in schwerer Weise heimgegriffen wurde. Im Jahre 1892 erregte der plötzliche Ausbruch der Cholera in Hamburg-Altona das größte Aufsehen, denn es erkrankten im Verlauf von ca. 2 Monaten 18 000 Menschen mit 8200 Todesfällen. Von hier aus wurde natürlich auch eine ganze Anzahl anderer Orte infiziert, aber in geringerem Maße, nämlich 267 Drifschiffen mit 1693 Erkrankungen und 1255 Todesfällen. Seit dieser Zeit kommen in Deutschland infolge der ausgezeichneten Mafregeln unserer Reichsbehörden nur noch vereinzelte Fälle vor.

Der Erreger der Cholera ist der Cholera vibrio, ein Schraubenbazillus, den Koch, wie schon erwähnt, im Jahre 1863 in Kalkutta auffand. Er ließ sich, wenn die wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden keine Mängel zeigten, in allen Fällen der Krankheit nachweisen. Von besonderer Wichtigkeit war seine Empfindlichkeit, denn es ist nicht gleichgültig, ob Bakterien durch äußere Einflüsse leicht in ihren Lebensbedingungen gestört werden können oder nicht. Die Choleraerreger leiden unter der bakteriziden Einwirkung des Sonnenlichtes ganz außerordentlich und namentlich sind es die blauen und violetten Strahlen, die auch besonders hohe photochemische Eigenschaften besitzen. Man kann annehmen, daß die Bakterien zum Teil durch das Sonnenlicht direkt zerstört werden, wobei eine Vernichtung des Protoplasmas stattfindet, zum Teil aber hat man durch den photochemischen Einfluß eine Bildung von antiseptischen Stoffen feststellen können. Man spricht dann von

einer Aktioierung des Sauerstoffes, wobei sich Wasserstoff-superoxyd bildet, das bekanntlich stark ätzende und antiseptische Eigenschaften besitzt und der Grund für die Zerstörung der Sporen der Cholera vibriolen ist. Neben dem Sonnenlicht und zerstreutem Tageslicht kommt dann noch das elektrische Licht in Frage, dessen Wirkungen für die Choleraerreger verderblich sind, wobei es sich aber nur um das Bogensicht, nicht um das Glühlicht handelt; auch die Röntgenstrahlen sind nicht sehr erfolgreich, denn die Strahlenarten, die wirklich im Körper Bakterien abtöten könnten, würden zugleich starke Schädigungen der Haut mit sich bringen. — Anders steht es, wenn den Cholera vibriolen die Feuchtigkeit entzogen wird, denn dann können sie nicht mehr gedeihen. Sie unterscheiden sich in dieser Beziehung von den Tuberkelbazillen und den Erregern der Eiterkrankheiten, die in getrocknetem Zustande bedeutend länger lebensfähig sind, weshalb ihr Vorkommen im Staub gefürchtet wird.

Eine wichtige Frage ist die, wie die Infektion stattfindet, und dabei handelte es sich in erster Linie um Übertragungsverfuche an Menschen. Diese können zum Teil beabsichtigte, zum Teil unbeabsichtigte sein. Zu den ersteren gehören die sogenannten Laboratoriumsinfektionen, von denen nicht allzuviel Fälle bekannt sind. Der erste ereignete sich bei den Kurien in der Reichshauptstadt im Reichsgesundheitsamt und betraf einen Kreisarzt aus Thüringen. Mit Ausnahme eines einzigen Falles gingen alle in Genesung über. Zu den beabsichtigten Übertragungen gehören als die berühmtesten die von dem bekannten Hygieniker Professor Pettenkofer und seinem damaligen Assistenten Emmertich, die zehn Tropfen einer Cholerakultur verzehrten; bei letzterem entwickelte sich eine mittelschwere Cholera. Außerdem sind noch erwähnenswert die Versuche, die von Professor Metchnikoff in dem Pasteurischen Institut in Paris mit Ärzten und Laboratoriumsbedienten angestellt wurden. Jedenfalls ist dadurch die Empfänglichkeit der Menschen festgestellt.

Statistisch wird dabei in erster Linie das erkrankte Individuum selbst der Ausgangspunkt sein, und zwar dadurch, daß eine Absonderung der Cholera vibriolen mit den Fäkalien stattfindet. Leider aber handelt es sich nicht nur um die wirklich Erkrankten, sondern auch um die Rekonvaleszenten, und die sogenannten Choleraimmunen, bei denen die Vibriolen ihre Virulenz, d. h. die Eigenschaft und Fähigkeit, sich im Körper anderer Tiere zu vermehren, verloren haben, während ihre Giftigkeit bestehen bleibt. Da der gesunde Mensch vom Magendarmkanal aus erkrankt, so muß die Infektion durch den Mund als Eingangspforte stattfinden. Das könnte zunächst durch Berührung mit den wässrigen Fäkalien der Erkrankten geschehen und müßte dann in erster Linie das Wartepersonal und die Ärzte betreffen. Diese Ansteckung ist ziemlich selten, weil Ärzte und Krankenpfleger aufgeklärt sind und die nötige Vorsicht und Reinlichkeit walten lassen. Die Fäkalien können aber auch noch mit anderen Menschen in Berührung kommen, wenn auch nur in mittelbarer Weise, so z. B. mit den Wäscherinnen, denen die Reinigung der Wäschestücke obliegt. Ez- und Trinkgefäße können infiziert sein und in diesem Zustand von anderen Menschen benutzt werden, aber von viel größerer Wichtigkeit sind die Nahrungsmittel in rohem Zustande, nämlich Obst, Gemüse, Milch, Wasser. Sie werden entweder direkt durch die Exkremente kranker Menschen beschmutzt, namentlich das Wasser, oder aber die Vibriolen werden durch Insekten verschleppt. Bei letzteren kommt nach den in Indien gemachten Erfahrungen ein Haften an den Flügeln oder ein Ausscheiden durch den Darm in Frage.

Bei der Verbreitung der Cholera können wir ebenso wie beim Typhus und anderen Infektionskrankheiten zwei Haupttypen unterscheiden, nämlich den kettenförmigen und den explosiven Typus; der erstere ist der Ausdruck einer allmählichen Ansteckung von Fall zu Fall, während beim letzteren die Krankheit plötzlich in größerem Umfang ausbricht. Irgegendem Transportmittel, das mit zahlreichen Menschen innerhalb kurzer Zeit in Berührung kommt, wird infiziert, und das ist namentlich beim Wasser und bei der Milch der Fall. Gerade das erstere hat deshalb eine große Bedeutung, weil es im Lande ist, die Cholera vibriolen selbst zu übertragen resp. dabei tätig zu sein. So kommt es denn, daß man solche in allen Krankheitsfällen im Wasser gefunden hat, und bei Verbesserung der Wasserverhältnisse schwanden auch die Erkrankungsfälle. Am bezeichnendsten hierfür ist die Cholera in Hamburg.

Können wir auch auf unsere Reichsgesundheitsbehörden vertrauen, die gegenüber der Cholera scharf auf dem Posten sind, wie Geh. Obermedizinalrat Dr. Kirchner kürzlich so schön gesagt hat, so dürfen doch die Menschen selbst gewisse Vorsichtsmaßregeln nicht außer acht lassen. Dahin gehören in erster Linie die Reinlichkeit und Sauberkeit in bezug auf unsere Nahrungsmittel, sowie die Desinfektion von allem, was irgendwie mit den Kranken oder seinen Ausleerungen in Berührung kommen kann. Hauptächlich ist für gutes Trinkwasser Sorge zu tragen, teils dadurch, daß verdächtige Brunnen geschlossen werden, teils dadurch, daß das Wasser abgekocht, mit einem Zusatz von Chemikalien versehen oder durch Tee und Kaffee ersetzt wird. Wir erwähnen schon vorher die Milch. Diese ist bis zur Säuerung ein guter Nährboden für die Vibriolen, weshalb bei drohender Gefahr Molkereien und Milchhandlungen besonders überwacht werden. Die beamteten Ärzte und die Behörden werden rechtzeitig ihre Anweisungen geben, wenn wirklich Gefahr vorhanden ist. Dr. W. Kühn.

Soziales und Parteileben.

Aus dem Staat der „vollendeten Rechtsgarantien“ bringt „Der Textilarbeiter“ eine Schilderung der Zustände in Textilfabriken des badijschen Wiesentals, das ist die Gegend von Bruch bis Lohndau, wo 12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Textilfabriken fronden. In dem Artikel heißt es: „In einer großen Fabrik im vorderen Wiesental — den Namen lassen wir weg, um den Arbeitern keine noch größere Schwierigkeiten zu machen — wird eine Arbeiterin krank. Als die Krankheit vorüber ist und sie wieder in die Fabrik gehen will, erklärt der Kasernenarzt, einen Gesundheitschein zum Wiedereintritt in die Arbeit könne er ihr nicht mehr geben. Die Arbeiterin — eine verheiratete Frau — ist darüber ganz trostlos; denn die Arbeitslöhne sind derartig niedrig, daß bei den hohen Preisen für die Lebensmittel der Mann allein den Unterhalt der Familie nicht versorgen kann. Wiederholte Gesuche um einen Gesundheitschein, ohne den kein Arbeiter, auch wenn er sich in der Fabrik vorher die Gesundheit ruiniert hat, eingestellt wird, werden ebenso wie das erste Mal, vom Arzt zurückgewiesen. Schließlich sagt man dem Mann der Frau, er solle einmal zum Bürgermeister gehen und darum nachsuchen, daß die Frau in der Fabrik arbeiten könne, ohne der Fabrikkrankenkasse anzugehören. Nun, in seiner Notlage geht der Arbeiter hin und stellt dem Bürgermeister die Sache vor. Dieser gibt auch die Zustimmung dazu, obgleich er wissen muß, daß dies ungesetzlich ist. Aber er hat es eben jedenfalls nur getan, um dem armen Manne über die Lippen hinwegzuhelfen. Das war vor anderthalb Jahren. Einundehnhalf Jahre hat nun die Arbeiterin in der Fabrik gearbeitet, ohne Mitglied der Krankenkasse der Fabrik zu sein. Das ist ungesetzlich; denn jede Person, die

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstäcker.

(61. Fortsetzung.)

„Gleich, mein Kind, gleich,“ antwortete die Mutter mit angstgepresster Stimme, denn durch das Fenster sah sie in diesem Augenblick, daß sich die Tür öffnete und Hobburg — Ebuard — eine leere Flasche in der Hand, mit starren Zügen und gläsernen Augen dem Ladentisch zutramelte, hinter dem der Wirt, ihn kopfschüttelnd betrachtend, stand.

„Noch eine Flasche, Mate,“ stammelte der Trunkene, während ein Schlucken seine Worte unterbrach und kaum verständlich machte, „hät — alter Junge — noch eine Flasche von dem — hät — von dem famosen Stoff — to night will merry merry be — hick — and to morrow will be sober“ — sang er dabei, indem er mit der Faust auf den Tisch schlug. In der Tür hinter ihm erschien das lachende boshafte Gesicht des roten John.

„Ja, das ist alles recht gut, mein Bursche,“ sagte der Krämer ruhig, indem er die Flasche nahm, „aber ich habe Dir auf die Kleider schon wieder vier Schillinge geborgt, und das macht jetzt sieben.“

„Hol's der Heiler, Mann, hab' ich Euch nicht erst vor einer Stunde oder so siebzehn dafür bezahlt?“ stammelte der Trunkene, „und sind sie da nicht — hät — sind sie da nicht wenigstens sieben wert, heh?“

„Ja, mein Bursche, aber ich verkaufe selber Kleider, und kann keinen Profit machen, wenn ich sie für dasselbe Geld wiedernehme.“

„Oh, geht zu Gras —“ fluchte der Deutsche — „morgen hab' ich einen, hät — hab' ich einen Sack voll Gold — und morgen —“

„Na komm, Jack, gib ihm noch die Flasche,“ mischte sich jetzt der andere in das Gespräch; — „wir sitzen gerade einmal so fidel beisammen, und Du hast genug heute an uns verdient.“

„Genug verdient!“ — brummte der Händler — „na, wennetwegen, das hier ist aber die letzte, die ihr heut abend bekommt. Und macht nicht einen solchen Lärm da. Die ganze Nachbarschaft braucht eben nicht zu wissen, daß Ihr Guren-Geburtstag feiert.“

„Was hast Du denn, Mama? — warum weinst Du denn auf einmal so?“ sagte Lieschen und faßte der Mutter Arm, die ihr Gesicht in den Händen barg — „hat Dir jemand etwas zuleide getan?“

„Ja, mein Kind — ja,“ stöhnte die Frau — „aber komm,“ setzte sie, sich gewaltsam sammelnd, hinzu, — „wir wollen nach Hause gehen.“

„Und ist der Vater dort?“

Die Frau hob ihr Kind vom Boden auf, drückte es fast Krampfhaft an sich und küßte es, setzte es dann wieder nieder, und schritt rasch und schweigend mit ihm der eigenen, einsamen Wohnung zu.

XXVI.

Doktor Spiegels Soiree.

Mac Donald setzte, als er den früheren Kameraden in der Straße stehen ließ, seinen Weg langsam und anscheinend ruhig fort; er durfte den Burschen, vor allen anderen, nicht merken lassen, wie unangenehm ihm das Begegnen gewesen. Trotz der Gewalt aber, die er über sich selbst hatte, schlug ihm das Herz doch ängstlich und unheimlich in der Brust, wenn er daran dachte, wie leicht ihn der Wuschrahndischer erkannt und seine Verkleidung durchschaut hatte. Durfte er sich jetzt sicher fühlen, wenn er einem seiner schwarzen, doch wenigstens eben so scharfsinnigen Verfolger begegnete, und war er nicht demnach jeden Augenblick der Gefahr ausgesetzt, wieder erkannt und gefangen, oder aufs neue in den Dusch hineingetrieben zu werden?

Daß die schwarze Polizei bis hier in die Nähe ihre Vorposten hergeschoben, davon waren ihm die beiden Reiter, die er heute gesehen, Beweis genug, und sein einziger Schutz blieb für jetzt nur noch der, daß keiner von jenen, selbst Leutnant Walter nicht, eine Ahnung haben konnte, wie er der deutschen Sprache mächtig genug sei, als Deutscher hier in der Ansiedlung selber zu leben. Viel aber nur erst einmal der geringste Verdacht auf ihn, so war er auch verloren.

Von jenem John fürchtete er allerdings nicht, verraten zu werden. Wen hatte dieser hier, dem er sich anvertrauen konnte, und er selber durfte doch nie wagen, sich den Gerichtlich zu stellen. Zu fürchtbarer Verbrennung hatte er sich schuldig gemacht, um je hoffen zu dürfen, durch den Verrat eines andern Sträflings frei auszugehen; und er

wäre jedenfalls gegangen worden, sobald er seiner habhaft wurden.

Nichtsdestoweniger mußte er jetzt mehr als je auf seiner Hut sein und, ohne bei seiner Umgebung Verdacht zu erwecken, jedem unnötigen Begegnen mit Fremden ausweichen. Zeit dabei gewonnen, war alles gewonnen, und hatten sich seine Verfolger dann nur erst einmal wieder aus der Gegend entfernt, konnte es ihm nicht schwer fallen, von Doktor Spiegel legitimiert, Passage auf irgend einem Schiffe zu bekommen. Nur im äußersten Notfalle wollte er zu dem verzweifeltsten und letzten Mittel greifen, in einem kleinen Boot das Land zu verlassen, und draußen in offener See an Bord eines Schiffes zu entkommen.

Störend war es ihm dabei, gerade heut und in seiner jetzigen Stimmung, Doktor Spiegel den Besuch für diesen Abend zugesagt zu haben. Dem konnte er aber nicht ausweichen, da er selber versprochen hatte, Fräulein Wischke zu begleiten. Außerdem war er ziemlich sicher, den deutschen Kapitän dort wieder zu treffen, und wurde er mit diesem näher bekannt, so ließ sich doch am Ende ein Weg finden, auf seinem Schiffe diesem Lande zu entweichen. Ebenso konnte ihm niemand besser als Spiegel selber Auskunft über die Bewegungen der Polizei geben, und diese mußte er kennen, um seine Maßregeln danach zu treffen.

Nur die Ungewißheit ist peinlich. Sobald wir erst einmal mit uns selber zu einem festen und bestimmten Entschlusse gekommen sind, gehen wir der Zukunft, und erscheine sie uns noch so trübe, immer mit viel größerer Ruhe und Sicherheit entgegen. Wir haben uns denn gewöhnlich auf das Schlimmste gefaßt gemacht, und bieten dem Schicksal wenigstens die Stirn, sehen der Gefahr Auge in Auge.

Der Weg bis zu Wischkes Haus hatte denn auch Mac Donald genügend Zeit gegeben, sich zu sammeln und mit sich einig zu werden. Selbst mit freundlichem Lächeln erwiderte er den vergnügten Gruß der alten Frau Wischke, die stets mit einem gewissen Stolz ihre Tochter an den städtischen Gesellschaften der „Honoratoren“ teilnehmen sah, wenn sie auch nur selten bewogen werden konnte, sie zu begleiten und fast eben so selten dazu eingeladen wurde.

Susanna war schon in vollem Staate, und der alte Wischke saß schmunzelnd auf seinem Schemel am Fenster und

In der Fabrik gegen Lohn arbeitet, muß Mitglied der Krankenkasse sein. Aber hier im Wiesental macht man es halt so. Diesen Sommer hatte nun der Kassenaar während seiner Ferienzeiten einen Stellvertreter. Die Arbeiterin, die wie es bei den verarbeiteten Frauen der Textilarbeiter Regel ist, zwar abgehärtet und abergeratet sein mag, aber sich keineswegs krank fühlte, suchte nun einmal den Stellvertreten- den Arzt auf, um sich von ihm untersuchen zu lassen. Dieser tat dies auch und erklärte mehrmals, daß er nichts finden könne, was auf einen Krankheitszustand schließen lasse. Trotzdem bekam aber die Frau immer noch keinen Gesundheitschein. Die Firma wollte also die Kraft der Arbeiterin vollends ausnützen, aber wenn sie krank werden sollte, so sollte nicht die Krankenkasse, sondern die Armenpflege einspringen. Man hat in der Tat den Arbeiter auf die Armenpflege verwiesen, wenn die Frau krank werden sollte. Ist das nicht ein unerhörter Skandal! Doch das Schlimmste kommt erst. Der Arbeiter, der mußte, daß hier Recht und Gesetz vergewaltigt werden, drohte, die Rasse wegen der Nichtaufnahme seiner Frau zu verklagen. Da wurde die Frau in das Kontor der Firma gerufen und ihr eröffnet, daß, wenn der Mann die Rasse verklagen sollte, sie, sowie der Mann die Entlassung bekommen würde. So geschahen im babilischen Wiesental, im Jahre des Heils 1908. Ein zweiter in dem Artike geschilderter Fall liegt womöglich noch ärger. Da kürzte bei einer Betriebsbeschränkung eine Betriebs- krankenkasse den erkrankten Arbeitern das Krankengeld um so viel Tagesbeträge, wie das Werk Tage stillgestanden hatte. Als ein Arbeiter dagegen vorstellig wurde, erhielten er und seine Frau kurzweg die Kündigung. So frech springen Kapitalisten mit den Arbeitern um, wenn sie ihre gesetzlichen Rechte wahren.

Der gelbe Terror in der Maschinenfabrik Augsburg. Der Kampf der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg gegen die Mitglieder des Bundes technisch-industrieller Beamten nimmt von Tag zu Tag schärfere Formen an. Die Feststellung, daß der Vorsitzende und der Stellvertreter der Augsburgers Ortsgruppe des Bundes gemäßregelt wurden, ist der Direktion natürlich sehr unangenehm, und in einer längeren Aufklärung suchte der Generaldirektor v. Buz diese Tatsache in der liberalen Augsburgers Abendzeitung hinwegzuleugnen und das brutale Vorgehen der Direktion als korrekt hinzustellen. Diesem Beschönigungsversuch des Protektors der Gelben tritt die Ortsgruppe Augsburg des Bundes der technisch-industriellen Beamten in aller Schärfe entgegen. In einer den hiesigen Zeitungen zugegangenen Richtigstellung des Bundes heißt es u. a.: „Den Behauptungen der Direktion gegenüber stellen wir fest, daß alles, was bisher unter unserem Namen veröffentlicht wurde, streng der Wahrheit entspricht und jederzeit von uns bewiesen werden kann. . . Wenn nun Herr v. Buz meint, daß wir der Direktion eine niedrige Gesinnung imputiert hätten, so müssen wir die Direktion an ihren Professoren Herrn Pfeiffer verweisen, der den 17 Herren vom Techniker-Verband gegenüber darlegte, daß die Maschinenfabrik Augsburg zur Sicherung eines Auftrages eine Erklärung von Beamten brauche, daß die Firma das Koalitionsrecht der Angestellten nicht einschränke. Und diese Erklärung hatte er, nebstbei bemerkt, gleich mitgebracht! . . . Auch haben wir die Störung des 60jährigen Friedens, von dem Herr v. Buz sprach, ganz und gar nicht auf unsere Rechnung zu setzen. Dafür ist einzig und allein Dr. Guggenheimer verantwortlich zu machen. Erst, als Herr Dr. Guggenheimer ohne irgendwelche Veranlassung unferresse seine Absicht offen aussprach, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Bund zu vernichten, setzten wir uns naturgemäß zu Wehr. . . Wir werden die Angelegenheit in einer demnächst stattfindenden Versammlung der Öffentlichkeit unterbreiten und behalten uns außerdem noch weitere Schritte vor.“ — Diese Erklärung des Bundes deckt die verwerfliche Taktik der Schanzmacher der Maschinenfabrik Augsburg, die weit über die Grenzen Bayerns hinaus den Ton angeben, rücksichtslos auf. Im übrigen zeigt dieser Kampf um das Recht der Koalition, wie durch den Kapitalismus auch die Kategorien von Arbeitern dem Klassenkampf zugeführt werden, die sich bisher und zum großen Teil heute noch als ein Teil der bürgerlichen Gesellschaftsklasse gefühlt haben. Wir können mit der Entwicklung der Dinge wohl zufrieden sein.

Italiener bauen ein Armenhaus für deutsche Proletarier. Im Kreis Diefenhausen wird ein Bezirksarmenhaus mit 3½ Millionen Mark gebaut. Die Arbeiten werden ausschließlich von Italienern ausgeführt. Auch bei den Staatsbetrieben in Meß sind 60 Proz. Italiener beschäftigt. Wegen die Beschäftigung dieser ausländischen Arbeiter würde

an sich nichts einzuwenden sein — obwohl es deutsche Arbeiter in Masse gibt — wenn diese Italiener nicht von den Unternehmern als Lohnrücker benutzt würden. Sie dürfen nur arbeiten, wenn sie sich unter dem Tarif, der mit den deutschen Arbeitern vereinbart wurde, entlohnen lassen. Die deutschen Arbeiter, die infolge dieser Prostitution der nationalen Unternehmer arbeitslos werden und die Landstücken besiedeln, können dann auf Veranlassung der deutschen Polizeibehörde das Armen- oder Arbeitshaus beziehen. So steht der Schutz der nationalen Arbeit in Deutschland aus.

Der Streik der Gemeindearbeiter von Malmö. Einem Beschluß der Repräsentantenschaft der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften entsprechend, waren der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Landessekretariats sowie die Vorsitzenden des Transportarbeiter- und des Grob- und Fabrikarbeiterverbandes während der verfloffenen Woche in Malmö, um in dem Streik der Gemeindearbeiter Verhandlungen anzubahnen oder wenigstens einer weiteren Ausdehnung des Kampfes auf andere Berufsgruppen vorzubeugen. Sie haben ihr Ziel trotz aller Bemühungen nicht erreichen können und sind am Freitag wieder heimgekehrt nach Stockholm. Die sogenannte Wohlfahrtskommission der Stadt Malmö hat die Verhandlungen abgelehnt, stellte zwar den Organisationsvertretern anheim, nochmals um eine Verhandlung nachzusuchen, knüpfte daran jedoch Bedingungen, die von vornherein unannehmbar erscheinen mußten. Die Versammlung der Streikenden hat es dann auch abgelehnt von neuem um Verhandlungen nachzusuchen. Das war am Dienstag. Am Mittwoch beschloßen die Kohlenfuhrleute, die Arbeit auf den Plätzen einzustellen, wo einige ihrer Kollegen wegen Arbeitsverweigerung an den von Streikbrechern bedienten städtischen Kränen entlassen worden sind. Es handelt sich hier um einen Streik bei Privatunternehmern, und da das schwedische Unternehmertum in starken Zentralverbänden organisiert ist, sich überhaupt außerordentlich kampflüsterig zeigt, muß man auf neue Massenausperungen gefaßt sein. Dazu kommt, daß auch in der schwedischen Hafnarbeitererschaft große Unzufriedenheit herrscht, weil die Reeder und Stauerunternehmer das Mitte Juli getroffene Übereinkommen nicht ehrlich innehalten, fortgesetzt die organisierten Hafnarbeiter durch unorganisierte Gelegenheitsarbeiter zu ersetzen suchen und, ebenfalls entgegen den Abmachungen, die in einzelnen Hafnorten vorhandenen Stauerarbeitergenossenschaften boykottieren.

Die Weberausperrung in Lancashire wurde noch weiter ausgedehnt. Etwa 530 Fabriken stellen den Betrieb ein; es arbeiten noch 160 Fabriken, aber auch von diesen dürfte sich in den nächsten Tagen eine große Zahl der Ausperrung anschließen. Am meisten in Mitleidenchaft gezogen ist Oldham, die größte Textilfabrikstadt der Welt.

Aus dem Wahlkreis Sorau-Forsit. Wie bekannt, hat der Reichstagskandidat des Kreises — Genosse Maurenbrecher sein Mandat zum Parteitage dem Kreise zurückgegeben, als die Kreisversammlung einmütig gegen die Budgetbewilligung der jüdischen Genossen Stellung genommen hatte. Nach dem Parteitage begründete nun Genosse Maurenbrecher auf Wunsch der Kreisleitung seine Stellungnahme in zwei Versammlungen, die am Freitag und Sonntag in Sorau und Forsit, den Hauptorten des Kreises, stattfanden. Auf Wunsch des Sorau-Forsiter Kreisvorstandes hatten Parteivorstand und Provinzialsekretariat der Provinz einen Korreferenten gestellt, den Genossen Grunwald. Die Versammlungen waren stark besucht und nahmen einen erfreulich sachlichen Verlauf; nur in Forsit spielten lokale Differenzen hinein, sodaß es ihretwegen wiederholt zu kleinen Störungen kam. Genosse Maurenbrecher stellte sich vollständig auf den Standpunkt der Süddeutschen, nur daß er ihn im Zusammenhang mit dem ganzen Revisionismus begründete. Genosse Grunwald nahm infolgedessen über den Einzelfall hinaus zu der Frage des Revisionismus überhaupt Stellung. Beschlüsse sollen später gefaßt werden.

Aus dem Lügenlath unserer Gegner.

Ein „Theaterkrieg“ der „Täglichen Rundschau.“ In Nr. 451 vom 25. September 1908 liest die „Tägliche Rundschau“ ihren Lesern folgende, auch in die hiesige bürgerliche Presse übergegangene Geschichte auf: „Die Verwaltung des Fürstlichen Hoftheaters zu Gera hatte billige Vorstellungen für Arbeiter in Aussicht genommen. Diese löbliche Absicht wird jedoch schwerlich zur Tat werden, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften extra-

vorstellungen wünschen, da sie mit den anderen sinnigen Arbeitern christlich er Gesinnung nicht zusammen das Theater besuchen wollen. Man hätte ein derart gehässiges und unamerikanisches Vorgehen nicht möglich halten sollen, aber die Sache beruht auf Wahrheit. Man hört, daß die Theaterverwaltung auf das beste Verständnis nicht eingehen wird, da sie nur Extra-Vorstellungen für alle Arbeiterkreise veranstalten will, sobald nun den Arbeitern die Wohlthat solcher Veranstaltungen nicht zuteil werden dürfte.“

Diese Erzählung hat sich die „Tägliche Rundschau“ von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gesogen. Die Tatsachen, die dem Reichsverbandsblatt bei Abfassung der Lügennotiz als Unterlage gebietet haben, sind die folgenden:

Der in Gera bestehende Bildungsausschuß hat mit dem fürstlichen Theater einen Vertrag geschlossen, wonach gegen ein Honorar von 500 Mark Sonntags-Nachmittagsvorstellungen zu veranstalten sind. Die Eintrittskarten zu diesen Vorstellungen vertritt der Ausschuß, genau so, wie etwa irgend eine Privatperson, die das Theater gemietet haben würde, auf eigenes Risiko. Über die Regelung des Billetverkaufes ist bis jetzt, wie nebenbei bemerkt sei, noch nichts bestimmt worden.

Weiter veranstaltet die Theaterleitung noch besonders Volks- und Arbeitervorstellungen, die mit den vom Bildungsausschuß vorgesehenen nichts gemein haben.

Die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ haben weder mit der einen noch mit der anderen Art der Veranstaltung etwas zu tun; auch weiß niemand in Gera etwas von Missetaten der in der „Täglichen Rundschau“ erwähnten Art. Somit liegt nun die Vermutung nahe, daß die Lüge in die Welt gesetzt worden ist, um die Theaterverwaltung mit der Arbeiterschaft in Differenzen zu bringen. Dieser Plan scheint aber fehlschlagen, denn die Direktion hat auf eine besondere Anfrage hin erklärt, daß die hier festgenagelte Erfindung des Reichsverbandsblattes eben eine Erfindung sei, und daß die erwähnten Theaterveranstaltungen bestimmt stattfinden würden.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Ende eines Liebesdramas. Der Handlungsgehilfe Wilhelm Jacobowski, der wegen Mordanschlags gegen seine Verlobte, die Gastwirtstochter Rosa Schulze, vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin stand, wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von einem halben Jahr auf die erlittene Untersuchungshaft, verurteilt.

Ein Jahr Gefängnis für einen Dummengungenstreich. Ein fünfzehnjähriger Klempererlehrling wurde am Freitag der vierten Strafkammer des Landgerichts II in Berlin aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der er sich seit dem 14. Mai befindet. Der Junge reichte kaum mit dem Kopf über die Schranke der Anklagebank hinweg. Das kinderhafte Aussehen des Jungen steht in eigenartigem Kontrast zu der Gefängnisstrafe, welche den Körper einhüllt. Was hat der Kleine verbrochen? Die Anklage lautet auf vorsätzliche Brandstiftung. Die Handlung, welche als Brandstiftung ausgelegt wird, dem Jungen aber kaum als solche zum Bewußtsein gekommen sein wird, gibt er in allen Einzelheiten, die ihm der Vorsitzende des Gerichts vorliest, zu. Der Junge hat Feuer angesteckt. Aus einem Kellererschlag in der Nähe der Werkstatt seines Meisters hat der Junge eine Flasche Öl genommen, den Inhalt der Flasche in eine mit Papier gefüllte Rille gegossen, welche in dem nebenanliegenden Kellererschlag stand, und das ölgetränkte Papier angesteckt. Was den Jungen zu dieser Brandstiftung bewegen hat, das war nicht aus ihm herauszubekommen. Vielleicht konnte er sich selber keine Rechenschaft über die Motive seiner Handlung geben. Möglicherweise war es nur das insbesondere in der Pubertätszeit bei Knaben und Mädchen oft beobachtete Verlangen, einen Brand zu sehen, was ihn zu dem dummen Streich veranlaßte, denn, als Feuerlärm im Hause entstand, erlachte der Junge seinen Meister um Erlaubnis, sich das Feuer ansehen zu dürfen. Der Brand wurde bald entdeckt und gelöscht, ohne daß ein erheblicher Schaden angerichtet worden wäre. Gebrannt hat nur die Papierstille, außerdem ist der daneben befindliche Laternenerschlag ein wenig angebrannt. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr und drei Monate Gefängnis. Das Gericht sah die Tat des Angeklagten als Brandstiftung an, meinte auch, daß der Angeklagte die Einsicht der Strafbarkeit besessen habe. Darin aber folgte das Gericht den Ausführungen des Verteidigers, daß die Tat eigentlich nur als Dummengungenstreich angesehen werden

betrachtete sein gepugtes Kind, an dem er, seit es sich so rasch dem ausgeprochenen väterlichen Willen gefügt, seine ganz außerordentliche Freude hatte. Mit den sogenannten „Gesellschaftlichen“ war er sonst gerade nicht einverstanden, und es fiel ihm gar nicht ein, Teil daran zu nehmen. Es gehörte, wie er meinte, ein eigener Geschmack dazu, einen ganzen Abend lang dünnen Tee zu trinken und langweilige Geschichten zu hören, und der Doktor veranstaltete derartige Gesellschaften doch nur, wie er etwas boshafterweise meinte, seine selbstgeschriebenen Erzählungen auf die eine oder andere Weise an den Mann zu bringen. Nur daß auch musiziert wurde, und Susanna, auf deren Talente er doch ein wenig stolz war, sich ebenfalls konnte hören lassen, löhnte ihm ein klein wenig mit dem ganzen aus. Abgesehen hatte er keine Ahnung, daß Herr von Pic in dem Hause bekannt war, keine Überredungskunst würde ihn sonst vermocht haben, seine Tochter wieder mit dem „Musik“, wie er ihn gewöhnlich nannte, zusammenzubringen. Dem Doktor Schreiber hingegen konnte er sein Kind schon heute noch einmal anvertrauen; das war ein ruhiger, gelehrter Mann und ein tüchtiger Arzt, wie er ihm schon angemerkt. Morgen fand dann, wie das schon heute bestimmt worden, die Verlobung mit Christian Helling statt, und wer nachher seine Tochter in Gesellschaft haben wollte, mochte ihren Bräutigam ebenfalls mit einladen.

Es war indessen, bis sie vom Hause wegkamen, schon dümmlich geworden, der Weg aber zu Doktor Spiegel auch nicht so weit, und fortwährend zwischen Fenstern und Häusern hinlaufend. Mac Donald und Susanna schritten, mit einander plaudernd, ziemlich rasch die Straße entlang. Hand hoch Susanna gefallen an den oft abenteuerlichen Erzählungen des ersten Mannes, der schon viel von und in der Welt gesehen, während sich dieser in dem Gespräch gerad zentrierte und seinen Geist von allen unangenehmen Dingen, die ihn sonst vielleicht beschäftigt haben könnten, abwandte.

Noch hatten sie nicht die Hälfte des Weges zurückgelegt und eben eine Stelle erreicht, wo an einer Fenzede ein kleines Gebüsch von Wattle- und Gumbäumen stehen gelassen war, als Mac Donald die Gestalt eines Mannes bemerkte, der, als er die Schritte hörte, aus dem Schatten vortrat, aber auch gleich wieder dahinter verschwand. Der Mund war allerdings gerade im Aufgehen, warf aber noch ein zu ungewisses Licht über die von den Schatten durchzogene Straße, um genau erkennen zu können, wer es gewesen sei. Mac Donald hatte Susannes Arm genommen, um sie

sicherer zu führen, und fühlte, wie sie bei dem plötzlichen Auftauchen des Fremden zusammenschrak; aber sie sagte kein Wort, und drängte ihren Begleiter nur wie unwillkürlich etwas mehr der andern Seite der Straße zu.

„Fürchten Sie nichts“, lächelte aber dieser, der nichtsdestoweniger den dunkeln Busch scharf im Auge behielt und den Arm mit seiner Dame wechselte, daß er zwischen sie und das Gebüsch kam; „es ist wahrscheinlich jemand, der dort zum Hause gehört.“

Susanna warf einen scheuen Blick hinüber und beschleunigte ihren Schritt, erwiderte aber keine Silbe, und bald hatten sie den Ort hinter sich und kamen in einen breiten, nur von Fenstern eingezäunten und jetzt vom Monde hell beschienenen Weg, der sie bald darauf in die wirkliche, mit Häusern dichtbesetzte Straße der Stadt führte.

Bald darauf erreichten sie Doktor Spiegels Haus, dessen hell erleuchtete Fenster ihnen schon von weitem freundlich entgegenleuchteten. Hier empfing sie der Doktor, frisch und vor Vergnügen, und führte seinen Gast, während seine Frau sich der jungen Dame annahm, und ihr Hut und Tuch ablegen half, in das unsere Zimmer, in dem schon ein großer Teil der ziemlich zahlreich vertretenen Gäste beisammen war.

In solchen kleinen Städten der Kolonien ist die Zahl derer, die sich gleichgültig zu solchen Gesellschaften zusammenfinden können, gewöhnlich sehr beschränkt, und mancher kann nicht gut übergangen werden, der im alten Vaterlande seinen Kreis in einer ganz andern Sphäre gesucht und gefunden haben würde. Hat doch das Schicksal die verschiedenen Schichten der Gesellschaft gerade in den Kolonien wild und bunt durcheinander gewürfelt, und entsetzlich schwierig ist es dann, ja manchmal ganz unmöglich, eine durchaus passende Wahl in seinem Umgange zu treffen. Trotzdem wird diese Wahl getroffen.

Es klingt das wohl in gewöhnlichen Leben recht human und natürlich; wir Menschen sind alle gleich — sind alle Brüder; und vom rein menschlichen Standpunkte aus muß es vollkommen wahr sein. Im gesellschaftlichen Leben aber, und selbst da, wo sich aus der Wildnis nur die ersten Spuren der Zivilisation und Kultur herausbilden, fangen sich schon ganz von selber an die verschiedenen Schichten, wie sie zu einander gehören, abzulösen, und der Gebildete sucht unwillkürlich wieder den Gebildeten auf, um mit ihm hauptsächlich zu verkehren und umzugehen. Im Leben selber ist ebenjenseits eine Güter- wie Feinesgemeinschaft möglich und ausführbar, und nur was seinen Fähigkeiten nach zu-

sammengehört, kann sich auch auf die Länge der Zeit wohl zusammen fühlen.

Solcher Art hatte sich denn auch Doktor Spiegel die aus der Bevölkerung von Saaldorf sorgfältig zusammengesucht, die ihm in seinen kleinen Kreis hineinpassten — ob sie sich untereinander vertrugen, war ihm einerlei. So hatten sich schon unsere beiden Bekannten, der junge Doktor Anastasius Fiedel und der Apotheker Schilling entgegengesetzte Ecken des Zimmers behauptet, eingeschunden; Kapitän Helger lehnte neben der alten Frau Spiegel, mit der er sich sehr gemütlich unterhielt und dabei höchst sorgfältig seinen etwas dünnen Tee in einen steifen Crog verwandelte, und selbst Breyfeld, der Ornithologe, sah — heute in einem dunkeln Rocke — schlichtern auf einer Stuhllecke und hielt seine Kaffe in der einen und ein langgeschnittenes Stück Tee-tuchen in der andern Hand.

Außer denen, welche wir schon früher getroffen haben, war erfüllt noch ein Herr Zegel, Mitarbeiter an der Arbeiter-Zeitung, und dann ein Engländer, ein Mr. Smith, mit seiner Frau anwesend. Smith, ein Klient, und wie Apotheker Schilling zuseiten etwas boshaft behauptete, der Klient Doktor Spiegel, hatte nicht gut übergangen werden können, schien sich aber entsetzlich zu langweilen, da die ganze Unterhaltung deutsch geführt wurde. Er sah auch neben seiner Frau ziemlich fleißig in der einen Ecke, bis ihm zum Trost eine andere Familie, zu Kapitän Helgers unbegrenztem Erstaunen ein anderer Doktor mit seiner Frau und Tochter, das Zimmer betrat. Es war dies ein deutscher Missionar und ein sehr tüchtiger Mann, der Doktor und Pastor Meier, der sich seit einer langen Reihe von Jahren schon mit der höchst trostlosen Arbeit beschäftigte, die schwarzen Stämme dem Christentum und der Zivilisation zu gewinnen. Er sprach übrigens vortrefflich englisch, und das Smithsche Ehepaar klammerte sich an diesen an in Todesnot.

Susannes Erscheinen brachte neues Leben in den kleinen Kreis. Ihr lebendiges, munteres Wesen wie ihre musikalischen Talente hatten ihr die Herzen schon lange gewonnen, und Doktor Spiegel, trotzdem daß er mit dem alten Bische fortwährend in Hader lebte, betrachtete sie als eine Zierde seiner Gesellschaft. Sie schloß sich übrigens augenblicklich an Marie Meier, die Tochter des Missionars, an, während sich Mac Donald nach den ersten Begrüßungen zu Kapitän Helger in die Ecke des Zimmers zurückzog.

(Fortsetzung folgt.)

müsse. Trotzdem wurde der jugendliche Angeklagte zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wovon vier Monate durch die Unterbringungshaft als verbüßt erachtet werden. — Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen und ihm die Möglichkeit der bedingten Begnadigung in Aussicht gestellt.

Ein agrarisches Idyll. Der Gutsbesitzer Bniemski in Pissowo, Westpreußen, beschäftigte zwei Arbeiter, die Ursache hatten, sich oft über schlechtes Essen zu beschweren. Um den Arbeitern ihre Opposition auszutreiben, rief der genannte Besitzer einen der Arbeiter in den Hausflur, verriegelte die Tür und schlug dem mit dem Essen Unzufriedenen das Gesicht blutig, und warf ihn schließlich zur Tür hinaus, sobald er sich den Hintertopf auf den Steinen des Hofes aufschlug. — Wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung vor Gericht gestellt, erhielt Bniemski — 30 Mk. Geldstrafe.

Ein 175er. Das Kriegsgericht der 22. Division in Kassel verurteilte den Leutnant Adamy vom 83. Infanterieregiment wegen Vergehens gegen § 175, begangen an Untergebenen, zu drei Monaten Gefängnis und Verlust des Offizierpatents.

Eine Lehrerin vor den Geschworenen. Die 23jährige Pflanzlehlerin Kreszenz Wittenfeldner hatte sich in zweitägiger Verhandlung vor dem oberbayerischen Schwurgericht wegen eines Verbrechens der Körperverletzung mit Todesfolge, begangen in der Ausübung ihres Amtes, zu verantworten. Die Angeklagte, die im Jahre 1903 aus dem Seminar entlassen wurde, wurde zuletzt in Vattenkirchen (N. N. Mühlendorf) einem 78jährigen Lehrer als Hilfskraft beigegeben. Sie hatte die drei ersten Klassen, insgesamt 48 Schüler, zu unterrichten. Die Anschuldbildung ging nun dahin, daß sie in den drei Fällen die 6½jährige Schmiedstochter Katharina Sahstorf während des Unterrichts wiederholt mit dem Kopfe auf die Schulbank oder auf das Katheder aufstieß, in Erregung darüber, daß das Mädchen unaufrichtig war. Am 20. Januar d. J. schlug sie das Kind der Eheleute Sahstorf abermals und zwar stieß sie das Mädchen wieder derart mit dem Kopfe auf die Schulbank auf, daß es eine große Beule an der Stirne erlitt und am andern Morgen 1/8 Uhr verstarb. Nach dem Sektionsbefund und dem Sachverständigenurteil ist der eingetretene Tod des Kindes eine Folge der Mißhandlungen. Die Angeklagte stellt jede Schuld in Abrede, der Vater des Kindes habe die als Zeugen geladenen Kinder beeinflusst. Durch zahlreiche Schulkinder werden jedoch die Behauptungen der Anklage gestützt. Die Geschworenen sprachen die Wittenfeldner lediglich zweier Vergehen im Amte schuldig. Das Gericht verurteilte darauf die Angeklagte zu der auffallend niedrigen Strafe von — einem Monat Gefängnis. Wäre die Strafe gleich niedrig ausgefallen, wenn das Kind eines der Richter durch eine ähnliche Rohheit getötet wäre?

Milde Justiz. Die Bonner „Reichszeitung“ berichtet: „Eine Studentenaffäre aus einer Julinacht dieses Jahres fand vor dem Schöffengericht ihren Abschluß. Sechs lustige Kneiper waren in fraglicher Nacht über den Markt gekommen und hatten durch ihr lautes Verhalten die Aufmerksamkeit eines Polizisten auf sich gelenkt. Als dieser sich dann Ruhe ausbat, wurde er Gegenstand einer „Verhöhnepelung“, wie sich ein Zeuge vor dem Gerichte ausdrückte. Der Helm wurde ihm vom Kopfe geschlagen und ihm die unliebenswürdigsten Wörter zugerufen. Als der Polizist hierauf ein Notizbuch zur Hand nahm, um die Namen festzustellen, wurde ihm dieses aus der Hand gerissen und weggeworfen. Der Haupttäter hatte als Genugtuung 300 Mk. zu wohlthätigen Zwecken gestiftet, worauf der Strafantrag gegen ihn zurückgezogen wurde. Ein anderer verpflichtete sich 50 Mk. zu zahlen, um die Angelegenheit ins reine zu bringen. Auch dieses wurde akzeptiert. Die übrigen hatten sich wegen Beleidigung und Hinderung eines Polizisten an der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes zu verantworten. Das Gericht verurteilte jeden zu einer Geldbuße von 30 Mk. wegen Vergehens gegen § 360. Außerdem erhielten zwei eine Geldstrafe von 10 Mk. resp. 30 Mk.“ Die Herren Studenten können sich beglückwünschen, daß sie keine Arbeiter sind; sonst hätten sie weder das Geld gehabt, sich von der Bestrafung für ihre alkoholischen Brutalitäten loszukaufen, noch hätte die vorgelegte Behörde des mißhandelten Polizisten sich auf eine solche Erledigung der Affäre eingelassen. Mit diesem reizenden Genrebildchen aus dem preußischen Gerechtigkeitsbetriebe vergleiche man die harten Strafen, die die Gerichte gegen streikende Arbeiter zu verhängen pflegen, wenn sich diese den Streikbrechern gegenüber nicht ganz salonmäßig benommen haben.

Herr im Hause. In Karlsruhe erscheint die „Badische Presse“, ein unter der Flagge der parteipolitischen Unabhängigkeit fegehdendes nationalliberales Blatt, das im ganzen Lande verbreitet ist. Der Eigentümer — Ferd. Thiergarten — hat sich mit seiner bedeutenden Druckerei zu einem Kräftus emporgeschoben. Wie kleinlich er sein kann oder wie eigensinnig, lehrt der Prozeß, der in dieser Woche vor dem Karlsruher Amtsgericht gegen ihn von der Staatsanwaltschaft geführt wurde wegen Übertretung der Gewerbeordnung. Ein Strafmandat von 50 Mark, welches das Bezirksamt auf Antrag der Großherzoglichen Fabrikinspektion gegen den Buchdruckereibesitzer erlassen hatte, bezog sich nur auf die Zögerung des Unternehmers, einen durch Brand im Februar dieses Jahres beschädigten Segersaal so genügend heizbar einzurichten, daß die Arbeiter nicht froren. Weil diesem Strafbefehl widersprochen wurde, kam es zur Gerichtsverhandlung, wobei die Fabrikinspektion einen Blick tun ließ in den schon vierjährigen Kampf, welchen sie mit dem reichen Unternehmer Thiergarten wegen genügender Lüftung des Arbeitsraumes führt. Der Gerichtshof nahm deshalb eine fortgesetzte Verfehlung an und erhöhte die Strafe auf 150 Mark. Thiergarten ist der Drucker der Jahresberichte der badischen Fabrikinspektion. Die darin enthaltenen Lehren läßt er für sich nicht gelten; er prozessiert noch weiter um das Recht, im Hause Thiergarten Herr zu sein und zu bleiben.

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit.

Von F. C. Bilz-Radebeul-Dresden.

II.

Wasser, Luft und Licht sowie stickstoffhaltige Nährmittel sind zum Leben sehr notwendig, aber gleich berechtigt und zwar an erster Stelle stehen die unsere Körpergestalt aufbauenden festen mineralischen Stoffe, welche die eigentliche Grundlage und auch das Bewegliche des lebendigen Körpers liefern. Je vollkommener nun das Blut damit ausgestattet ist, desto kräftiger und flotter zirkuliert es durch die Adern und desto mehr wird es befähigt sein, neue Lebenskraft und Gesundheit zu entwickeln.

Dr. Gause an der medizinischen Fakultät in Paris sagt folgendes:

„Das mineralische Substanz dem organischen Leben zur Stütze dient, unterliegt keinem Zweifel. Aber sie ist nicht etwa bloß ein unbeweglicher Träger, über welchem das organische Gebilde errichtet ist, sondern sie ist die eigentliche Grundlage und das Bewegliche des lebendigen Körpers. Gegen die Wichtigkeit der mineralischen Substanz tritt diejenige des stickstoffhaltigen Materials (des Fleisches) zurück, welche seine Existenz erst den Mineralstoffen verdankt.“

Die mineralische Substanz ist tatsächlich die innerste Ursache der in das Gebiet der speziellen Lebenschemie einschlagenden Naturvorgänge.“

In gleicher Weise hält Professor Dr. von Schrön in Neapel Vorlesungen, unterstützt durch 20 000 kinematographische Darstellungen, welche begeisterte Anerkennung finden und nach 30jährigen Forschungen den alten Satz umstoßen, „daß alles, was kristallisiert, auch leblos sei.“ Er weist nach:

1. Daß der Kristall ein Gewebe ist wie die Pflanze oder das Tier,
2. Daß der Bildungsprozeß des organischen und des anorganischen Kristalles der gleiche ist,
3. Daß das Gesetz der Bildungsvorgänge in dem Mineral-, Pflanzen- und Tierreich der gleiche ist,
4. Daß es überhaupt nichts gibt, was nicht lebt oder gelebt hat und daß alles aus einem Plasma entsteht bis zur höchsten Zellenausbildung.

Daß unsere heutige Nährweise eine mineralarme ist, wurde auch schon im Deutschen Reichstage zur Sprache gebracht. Prof. Dr. Fabbrer sagte in einer Reichstagsrede vom 28. März v. J.: Es unterliegt keinem Zweifel, daß viele Krankheiten unter anderen auf die zu geringe Zufuhr von nährsalzreichen Nährmitteln und zu reichliche Eiweißnahrung zurückzuführen sind. Er bat das Reichsgesundheitsamt auch hierauf sein Augenmerk zu lenken.

Der große Mangel an der heutigen Nährweise ist nicht allein darauf zurückzuführen, weil unser Getreide, Obst und Gemüse usw. auf einem sehr abgewirtschafteten und mineralarmen Boden wächst, sondern hierzu kommt noch der Genuß von Weißbrot. Aus diesem ist der Kleber, in welchem sich noch die meisten mineralischen Blutbildner befinden, als Kleie entfernt. Es mag hierfür ein Beispiel folgen. Unser Weißbrot enthält nur noch 6 pro Mille, das Grahambrot oder Schrotbrot nur noch 9 pro Mille mineralische Stoffe. Wohingegen unsere Nahrung 20 und mehr pro Mille mineralische Bestandteile enthalten muß, wenn der Mensch normal und gesund bleiben will. Ähnliche ungünstige Verhältnisse wie das Brot weisen auch alle unsere anderen Nahrungsmittel auf.

Unser Blut soll auf 1000 Gramm 11 Gramm mineralische Stoffe in einem ganz bestimmten Mengenverhältnisse enthalten. Von diesen 11 Gramm geht die Entwicklung der Lebenskraft aus. Sie sind die direkte Grundlage für die Erzeugung von Lebensenergie und Magnetismus. Diese mineralischen Salze erzeugen gesundes Blut, fördern die Bildung normaler Galle und Verdauungssäfte, damit die Speisen fein genug aufgelöst und assimiliert werden können. Ferner dienen sie zum Aufbau des Knochengewebes, zum Wachstum für Haare, Zähne, der Sehnen, Nerven und des Muskelgewebes. Sie erhalten auch den flotten Blutumlauf und den regen Stoffwechsel aufrecht, damit nirgendwo Störungen eintreten können und außerdem sind sie das Haupterfordernis für unsere normale Nerventätigkeit. Ohne diese mineralischen Stoffe sind die roten Blutkörperchen, von welchen 5 Millionen auf einen Kubikmillimeter gehen sollen, nicht fähig, den Sauerstoff der Luft, durch welchen die Nervenmasse zur Oxidation und zur Entfaltung ihrer Tätigkeit kommt, chemisch zu binden und fest zu halten.

Ein vollwertiges Blut ist die vorzüglichste Arznei und zugleich der stets hilfsbereite und nie fehlende Arzt. Es ist ein Schutzmittel gegen alle Erkrankungen.

Die mineralischen Bestandteile bilden im Menschen vielleicht nur etwa 4 Proz., aber schon eine Kleinigkeit davon weniger läßt Unwohlsein und Krankheitserscheinung, Zersetzung und Zerfall, Funktionsstörungen usw. eintreten. Die Mineralien gelten z. B. im Menschen als der Geist und die stickstoffhaltige Nahrung nur als der Leib.

Aus Nah und Fern.

Das Unglück auf der Berliner Hochbahn hat die Aufmerksamkeit auch auf die innere Einrichtung des Betriebes gelenkt und es scheint, als ob auch bei dieser Gesellschaft die kapitalistische Sparsamkeit auf Kosten der Betriebssicherheit eine nicht unwesentliche Rolle spielt, die geradezu verhängnisvoll werden kann. — Dem „Berliner Tageblatt“ wird von Angestellten der Hochbahn berichtet: „Die Einrichtungen für die Sicherheit der Passagiere sind durchaus ungenügende. Die Begleiter der Züge haben keinerlei Aussicht auf die freie Strecke; ihnen ist nach der Instruktion verboten, den Motorführerstand während der Fahrt zu betreten. Wiederholt haben die Begleiter die Direktion auf diese Mißstände aufmerksam gemacht, aber ohne Erfolg. Einen weiteren Mißstand, auf den die Direktion wiederholt aufmerksam gemacht worden ist, bildet die Tür, die von Wageninnern zum Motorführerstand geht. Diese Tür ist nur nach dem Innern des Motorführerstandes zu öffnen. Sollte nun dem Motorführer irgend etwas passieren, sollte er vielleicht ohnmächtig werden und umfallen, so ist es erstens unmöglich, daß dieser Unfall beobachtet werden kann, und zweitens, wenn er zufällig durch das kleine, talergroße Guckloch in der Tür bemerkt würde, könnte der Zugbegleiter, der sich im Wagen befindet, nicht in den Motorstand gelangen, weil die Tür nach dem Innern aufgeht. Die Tür kann aber, wenn der Motorführer niedergesunken ist, überhaupt nicht geöffnet werden, weil der Zwischenraum zwischen Tür und Motor so eng ist, daß er vollständig von dem an der Erde liegenden Motorführer ausgefüllt ist. Als dieser Mißstand dem Betriebsführer Rosenfeld, einem früheren Straßenbahninspektoren, mitgeteilt wurde, erwiderte er den Beschwerdeführern, daß die Aufsichtsbehörde die Konstruktion gutgeheißen habe und an eine Änderung nicht zu denken sei. Vor kurzem erst montierte ein Blockwärter bei dem Betriebsmeister Rosenfeld, daß einige Blockstationen, die die Signale geben, nicht funktionierten; der Blockwärter wurde als Schlitzeur angesehen und entlassen. Viele Klagen wurden auch wegen der außerordentlich langen Dienstzeit laut. Täglich vierzehn Stunden Dienst ist nichts Seltenes. Ein großer Teil des Bahnpersonals ist überarbeitet. In den heißen Sommertagen dieses Jahres war es eine fast unerträgliche Qual, stundenlang in dem heißen, sehr engen Motorführerstand zu stehen und zu fahren. Nicht ausreichend sind auch die im Wagen befindlichen Bremsvorrichtungen für das Publikum; wird dort eine sogenannte „Notbremse“ gezogen, so wird nur der elektrische Strom ausgeschaltet, der Wagen wird aber nicht gebremst, sondern fährt ruhig weiter. Das Beamtenpersonal beschwert sich ferner darüber, daß keine polizeiliche Vorschrift existiert, die angibt, wieviel Personen in einem Wagen befördert werden dürfen. In Wagen, in denen 30 Personen befördert werden, werden oft über hundert (!) Personen befördert.“

Eisenburg will in die Schweiz. Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird aus München telegraphisch gemeldet; Fürst Eisenburg soll in dem schweizerischen Bodenseeort Hochschach eine Villa von 14 Zimmern durch Agenten gemietet haben und zur Erholung im Oktober dorthin übersiedeln. Die Kautions für den Fürsten, die das Kammergericht in Höhe von 100 000 Mark verlangt hat, wenn er auf freiem Fuß belassen werden soll, wird gestellt werden.

Der Stand der Feuerbestattungsfrage in Preußen. In dem langen Kampf um die Feuerbestattung soll man in Preußen nach Zeitungsmeldungen wieder um einen Schritt vorwärts gekommen sein. Es wird berichtet, daß gegenwärtig zwischen dem Ministerium des Inneren, dem Kultusministerium und den Reichsämtern Verhandlungen schweben, die die Frage der Feuerbestattung zum Gegenstand haben. Eine besondere Schwierigkeit bei den Verhandlungen bietet die durch Reichsgesetz garantierte Gewerbefreiheit, die es in ihrer heutigen Gestalt jedermann, also auch Privatpersonen gestattet würde, ein Krematorium zu bauen. Es habe sich daher die Notwendigkeit ergeben, durch reichsgesetzliche Abänderung der Feuerbestattung den Städten das alleinige Recht, Krematorien zu bauen, einzuräumen. Sei erst diese Klippe umschifft, dann stehe der baldigen Beendigung der Vorarbeiten kein nennenswertes Hindernis mehr im Wege. In maßgebenden Kreisen rechnet man damit, daß die Vorlage im Frühjahr des nächsten Jahres vor den preußischen Landtag kommen dürfte. Der meiningische Oberkirchenrat hat übrigens angeordnet, daß die Geistlichen der Landeskirche gelegentlich der Feuerbestattung einer Leiche, sei es im Särgehaufe, sei es in einem würdig ausgestatteten Räume, auf dem Friedhofe, mit Rede und Gebet ihres Amtes zu walten haben.

Mord oder Selbstmord. Bei Leippa (Oberlausitz) wurde ein zwölfjähriger Bizeunerknabe erschossen aufgefunden.

Risiko der Arbeit. Ein Telegramm aus Königsbrunn meldet: Auf dem Achenborschtal kam gestern der Monteur Meißner der Startstromleitung zu nahe und wurde sofort getötet. Ein ihm beispriender Kollege wurde derart verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Unfall des Ballon „Düsseldorf II“. Gestern nachmittag unternahm der Luftschiffer Hauptmann v. Abercron und Leutnant Stach v. Volghelm im Ballon „Düsseldorf II“ eine Luftfahrt vom Frankentplatz in Düsseldorf. Der Ballon trieb in die Gegend des Naper Waldes. Nach 5 Uhr bemerkten Straßenpassanten, daß der Ballon hoch in den Lüften aufeinanderprallte und zu sinken begann. Der Zuschauer bemächtigte sich ein großer Schrecken, als der Ballon immer größer wurde, und die beiden Insassen in das Netzwerk des Ballons kletterten. Sie hatten aber Glück im Unglück. Der in der Höhe von etwa 2000 Meter auseinandergerissene Ballon dehnte sich beim Fallen immer mehr in die Breite und wirkte so gewissermaßen als Fallschirm. Gegen 5 1/2 Uhr ging der Ballon bei der Grafenberger Irrenanstalt langsam zur Erde nieder, ohne daß die Insassen nennenswerte Verletzungen erlitten hätten. Der Ballon ist geplatzt, weil das beim Steigen sich ausdehnende Gas nicht in den Gasack entweichen konnte. Der Gasack ist eine neue Erfindung, die ausprobiert werden sollte. Die Feuerwehr wurde zu Hilfe gerufen. Die Sanitätswagen, die dem Ballon nacheilten, brauchten nicht in Tätigkeit zu treten, da die Insassen nahezu unverletzt blieben.

Auf offener Straße ermordet. Nach einer Meldung aus Trier wurde in dem luxemburgischen Grenzort Wasserbillig der Schreinergehilfe Hildgen von einem Fabrikarbeiter aus Büdingen auf offener Straße ermordet. Der Mörder wurde verhaftet.

Sat der Amtsvorsteher solange geschlafen? Im April 1904 zogen die Militärpflichtigen von Polkisch bei Freiburg mit Muff zur Bestellung nach Waldenburg. Der Amtsvorsteher von Neu-Weißstein hat jetzt nach 4 1/2 Jahren dem inzwischen sozialdemokratisch gewordenen Veranfallter des Anzuges eine Aufforderung zur Zahlung von Stempelsteuer für das damalige „Vergnügen“ zugestellt.

Stützen des Kapitals unter sich. Sonnabend kam es auf dem Dominium Weizenhof, Regierungsbezirk Liegnitz, beim Erntefest zu schweren Ausschreitungen galizischer Arbeiter. Mehrere deutsche Arbeiter wurden schwer verletzt. Die Haupttäuführer wurden verhaftet.

Ein edles Reis geknickt. Gegen den Frhen. Rogalla von Biberstein — Zollsekretär in Rattowitz — ist ein Verfahren wegen umfangreicher Veruntreuungen und Fälschungen im Amte eingeleitet worden.

Automobilunglück. In Geweiler stieß das Automobil des Fabrikanten August Schlumberger mit einem Bred zusammen. Der Fabrikant König, der neben dem Chauffeur saß, wurde herausgeschleudert und sofort getötet. Der Chauffeur und Schlumberger wurden leicht verletzt. Die Insassen des Fuhrwerks kamen mit leichten Verletzungen davon.

Neue Verhaftungen in der Wormser Patronendiebstahls-Affäre. Der des Patronendiebstahls in Worms angeklagte Sergeant Leineweber wurde seinerzeit wegen seines auffallenden Betragens in Worms nach dem Darmstädter Militärarresthaus verbracht, in dessen Gebäude sich auch die Bureaus des Kriegsgerichts befinden und die Sitzungen abgehalten werden. Um die Wormser Verurteilung des L. sich mit der Augenwelt zu verbinden, am besten zu verhindern, stand vor seiner Zelle ein ständiger Posten und auch während des mehrmals in der Woche stattfindenden viertelstündigen Spazierganges wurde er von zwei Dragonern mit blankem Seitengewehr bewacht. Trotzdem ist es L. gelungen, Briefe mit seiner Braut zu wechseln, obwohl man davon keine Ahnung hatte. Einem am 23. September, abends zufällig in der Kantine des Dragoner-Regiments Nr. 23 anwesenden Soldaten fiel es nun auf, wie ein vorher auf der Wache gemessener Dragoner einen Brief in den dort befindlichen Briefkasten warf, der von der Post geleert wird. Er benachrichtigte seinen Vorgesetzten und nun entdeckte man bei der Revision des Kastens einen Brief, der eine auffallende Ähnlichkeit mit der Handschrift des Patronendiebes Leineweber aufwies und zudem an dessen in Worms wohnende Braut gerichtet war. Die nunmehr von Amtswegen erfolgte Öffnung des Briefes förderte ein ganzes Komplott und derart überraschende Mitteilungen zutage, daß man noch in der Nacht zu der Verhaftung der beiden Dragoner Jonas und Kredel schritt, welche wiederholt den Briefwechsel zwischen Leineweber und seiner Braut vermittelt haben und in dem Brief selbst außerordentlich belastet sind. Die Sache wird weitere Kreise ziehen und wahrscheinlich auch zur Verhaftung der Braut führen.

Der internationale Tuberkulosekongreß wurde gestern in Washington eröffnet. Zu einem der drei Ehrenpräsidenten wurde Professor Koch ernannt. Der Kongreß bereitet ihm große Ovationen. Professor Koch antwortete namens der deutschen Vertreter auf die Begrüßungsansprache des Schatzamtssekretärs Cortelou.

Ein Botaniker als Schurke. Aus New York wird gemeldet: Der hervorragende Botaniker Clark, der als

reicher Mann galt, ist als Einbrecher, Brandstifter und Räuber entlarvt worden. Es ist erwiesen, daß er viele Verbrechen, die bisher unaufgeklärt blieben, mit großem Geschick ausgeführt hat.

Die „darbende“ Millionärsgattin. Aus New York wird geschrieben: Interessante Einblicke in das Familienleben gewisser führender Mitglieder der „obersten Berühmtheit“ gewährte der Prozeß, den Mr. Howard Gould, das jetzige Oberhaupt der bekannten Milliardärsfamilie, gegen seine Gattin angestrengt hat. Mrs. Gould war vor ihrer Verheiratung mit dem nordamerikanischen Krösus als Schauspielerin unter dem Namen Katharine Clemmons bekannt. Aber schon nach wenigen Jahren lockerten sich die Bande der Ehe beträchtlich, und Mrs. Gould klagte vor Gericht gegen ihren Gatten auf Trennung von Tisch und Bett. Ihr Gatte, nicht müde, machte ihr eine wenig erfreuliche Gegenrechnung auf. Er stellte bei den Gerichten die Gegenklage, die er mit dem unüberträglichen Charakter seiner Gattin, ihrer auffälligen Vorliebe für alkoholische Getränke, ihrem standeslosen Benehmen in der Gesellschaft und schließlich damit begründete, daß sie ihn durch ihr beständiges Auftreten öffentlich herabgesetzt habe. Während dieser Prozeß noch schwebt, hat die ehemalige Schauspielerin gegen ihren Gatten eine neue Klage angestrengt, in der sie von ihm eine monatliche Rente von 40 000 Mark verlangt. Der Anwalt der verwöhnten Millionärin behauptete vor Gericht, daß Mr. Howard Gould sich eines jährlichen Einkommens von 2 1/2 Millionen Mark erfreue, und daß die „armelige Unterstützung“ von jährlich 100 000 Mark, die er seiner Frau jetzt zukommen lasse, und die nur den sechsten Teil dessen ausmache, was er Jahr für Jahr für eine seiner Jagden aufwende, in auffälligem Gegensatz zu seinem Reichtum stehe — eine Behauptung, die den nicht minder berechnenden Anwalt des Milliardärs zu der Erklärung nötigte, daß die schöne Mrs. Gould nicht nötig habe, bei einem Einkommen zu darben, das nahezu zweimal so groß sei als das Gehalt eines Oberrichters der Vereinigten Staaten. In diesem Rattenschwanz von Eheprozeßen brachte auch der letzte vor dem obersten Zivilgericht New Yorks abgehaltene Termin keine Entscheidung. Die Klage wurde vertagt. Dasselbe Schicksal widerfuhr der Verurteilung, die ein Bruder des Milliardärs, Mr. Frank J. Gould dagegen eingelegt hatte, daß seine Frau Helen Gould in der gegen ihn eingeleiteten Scheidungsklage erneute Beweisstellungen zu machen habe.

Standesamtliche Nachrichten

vom 20. bis 26. September 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

14. September. Versicherungs-Mathematiker A. G. Kimmel, 15. Kofferträger J. F. H. Th. Klens, Tischler J. H. Chr. Kahl, Schlachter J. W. R. C. Banfelow, Feldwebel J. F. W. Fahrenberg, 16. Zuschneider J. W. F. Weber, Arbeiter L. Kurowski, 17. Arbeiter J. F. Wulff, Tapezier J. Chr. A. Niemann, Arbeiter J. C. W. Steen, 18. Konditor J. Th. P. Jäger, Zollaufscher J. J. W. Johannisson, 19. Arbeiter J. H. W. Höppner, Bureauhilfe J. J. C. Rohdra, Eisenbahn-Maschinenpuffer J. H. M. Eggert, 20. Kaufmann J. C. F. C. Th. Lau, Arbeiter J. J. H. Jürg (Schönböten), Arbeiter R. Chr. F. Webe.

August Schöning

Johanna Schöning, geb. Schwarz, Vermählte.

Für die uns so zahlreich zugegangenen Aufmerksamkeiten danken herzlich.

D. D.

Freundliches Logis zu vermieten
Waffenmauer 128, I.

Gesucht eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung (Hütertor oder Stadt) im Preise bis 260 Mk. zum 1. Jan. von Leuten mit 1 Kind. Off. u. W S an die Exped. d. Bl.

Ger. Werkstoff, Nähe Gartenstraße, Dankwartstraße gef. Ang. u. W N an die Exp. d. Bl.

Eine junge Frau sucht Wäsche

im Hause. Langer Lehberg 36/4.

Ein Friseurlehrling zu Ostern gesucht
Otto Frauer, Friseur, Bienenstr. 14.

Schneiderin empfiehlt sich f. Damen- und Kinderarbeiten. Ettenstr. 1, I.

Eine Frau wünscht für diese Woche und alle 14 Tage eine Wäschestelle anzunehmen. Fünfhäusen 9/1.

Zu verk. eine Wohnbude mit Hofplatz für 3500 Mk. Anzahlung 300 Mk. Offerten, unt. C E a. d. Exped. d. Bl.

Bilz, neues Naturheilwerk, für halben Preis von 8 Mark zu verkaufen Kl. Burgstr. 19, Sinterh.

6 Legehühner sofort zu verkaufen Biegelstraße 15c.

Zum Wohnungswechsel!

Wir bitten diejenigen Leser unserer Zeitung, die ihre Wohnung wechseln, ihre neue Adresse nicht nur dem bisherigen Austräger mitzuteilen, sondern auch unserer Expedition übermitteln zu wollen.

Wohne jetzt:

(Straße) _____ Nr. _____

und verziehe am _____ nach:

(Straße) _____ Nr. _____

(Name) _____

Bitte ausschneiden, ausfüllen und einreichen!

Kaiserlich Russischer Konsul Th. von Broffel, Rutscher A. R. C. Kadloff, 21. Straßenreiniger J. H. Wegner, Tischler C. D. H. Tackenburg, Suckateur Chr. J. H. Janssen, Dachdecker F. L. J. Stuy, Rechnungsrevisor A. C. Bruns, Pensionsberechtigter Hilfsarbeiter bei der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten J. F. J. Otto, 22. Maler M. Chr. F. Müller, Ober-Feuermann H. C. Th. Kopmann, 23. Landmann J. H. H. A. Baselow, Arbeiter B. G. Schinke, Arbeiter R. J. F. Schöof, Schuhmachermeister J. A. Ahrendt, 24. Buchbinder J. M. F. Göte, Arbeiter J. H. J. Mull, 25. Arbeiter J. H. C. W. Ohlbad, Güterbodenarbeiter J. H. Woifsn. Maurer H. A. J. Weite.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

10. Septbr. Arzt Dr. med. C. J. Gosh, 14. Schlachtermeister J. C. H. Pätow, 16. Arbeiter H. D. F. Klein, Arbeiter C. F. H. Kempe, 17. Kolonialwarenhandler C. E. C. Kunde, Maurer H. H. J. Jürg, 19. Lithograph C. A. H. Groth, 20. Eisenbahn-Wagenschieber F. J. Chr. Ahrens, 21. Güterbodenarbeiter C. F. Jürgens, 22. Schuhmacher J. Chr. A. Käufer, Laternenwärter K. L. Falk, Arbeiter J. H. J. Eggers, 23. Seemannskunst O. D. Nafte (Bremerhaven), Hafenarbeiter J. R. W. Drewelow, 24. Tischler St. Schubert.

Angewandte Angebote.

21. Königl. Regierungsekretär G. H. D. Becker in Brisk bei Berlin und Ch. M. C. Arndt, Arbeiter J. W. G. Böh und C. Th. Schum. Arbeiter A. Schanta und C. J. W. Cavier, Arbeiter J. Gb. Stend und M. B. Kalesche, beide in Stems, 22. Arbeiter J. J. H. R. Krügel und A. C. M. Meus in Ober-Bissau, Oberkellner F. L. J. Lüh in Bremen und L. A. M. J. Ductentin in Schwerin, Arbeiter A. H. G. C. Schuster und M. C. Brühmann, Arbeiter A. Th. J. Böhdorf und A. F. A. Rath, Kuntsgärtner C. A. Wandel und J. W. M. Niebold, Arbeiter A. L. Polz und A. J. M. Scheel, Maler J. J. L. Wohler und M. C. Haedele, Bezirksfeldwebel F. R. B. Finter und K. M. Wolzen in Ubersdorf, 23. Geschäftsführer C. H. R. Langbehn und A. Behr in Hamburg, Schlachter P. O. A. Schmurr und J. L. R. Böckmann in Storfelsdorf, Lehrer A. L. A. Dimpler in Groß Roge und M. L. A. Bartels, Feuerwehrmann J. J. F. Dube und R. A. S. Tralau, Arbeiter E. Jahnjen und M. A. Jonjen, Buchdrucker J. C. J. Fric und A. M. H. F. Sidow, Postbote G. Th. F. Volkmer und G. Th. G. I. Kahlst, 24. Arbeiter J. C. A. Brodtmann und C. J. M. Anderjen, Subdirektor der deutschen Lebensversicherungsbank W. C. Heberling in Nürnberg und J. H. J. Färte, Lagerist C. J. D. Ketzelsdorf und C. F. C. Peterfon, Eisenbahn-Mittler C. F. W. Hengooß in Didesloe und M. C. E. Bornemann in Moisting, Schlosser J. J. A. Schröder und J. R. H. Bunge in Gammin, 25. Hotelbesitzer H. J. Hausbahn in Mölln und C. Th. M. von Ahlen, Postschaffner Ch. G. Feddern und C. H. D. Wiekhorst in Mollhagen, Arzt Gb. von Murali in Bern und die geschiedene M. J. C. Blessing geb. Simrod in Randergrund, Schauspieler A. G. L. Drowaghty genannt Hagen und C. Jaac genannt Jilgen, Arbeiter H. Vollstedt in Oldenhütten und A. M. Ahrens, Arbeiter C. J. F. Bumann und Witwe A. M. Th. Wartens geb. Rohwig, Gastwirt R. H. Bohje in Zimmendorf und M. R. M. Höhe in Kiel, Schuhmacher H. M. C. J. Brümmer und C. J. W. Becker in Malchin, 26. Hobelmeister H. J. Th. Dröge und C. M. S. D. Banholz.

Arbeiter A. H. J. Patje und C. W. Kompfert, Tapezier B. L. Reger und C. E. Palmgren, Kofferträger J. J. J. Delater und M. S. L. Meyer, Briefträger J. C. G. M. in Ahrensburg und C. M. M. Havemann in Israelsb, Schiffskapitän W. C. Th. Lorenz und M. M. Wöttger Hensburg.

Geschäftliche.

22. September. Praktischer Arzt Dr. med. R. Schwöweller und S. D. Faber, 23. Stellmacher J. W. G. Kroll und L. M. Steinfeldt, Schlachter P. H. Kohl und A. A. Knoop, 25. Expedient J. G. Buhmann und M. M. Arndt, Lehrer C. J. F. Petersen und H. Th. A. Gro Buchhalter A. W. Henning in Mannheim und C. S. M. Jarchow, Kaufmann R. H. A. Thiel und H. A. Hampf Altona, 26. Arbeiter J. H. C. Drogge und M. J. Potenberg, Handelsmann J. J. A. H. Menz und C. A. D. Rehboldt, Eisenbahn-Wagenschieber J. H. J. M. und C. C. M. Wibau in Dorwerf, Arbeiter J. F. B. Me und C. L. C. Burmeister, Vizefeldwebel R. R. Chr. St garbt und M. H. Hörner, beide in Hamburg, Bureau G. Chr. H. Sommer und M. Chr. E. Miede, Klempner B. Frankfurter und M. A. B. Runge, Arbeiter A. F. Rabes und P. C. M. Schütt, Schmiedemeister H. A. G. Graber und C. D. C. Bielefeldt, beide in Waffho, Gutssekretär A. J. Doct in Karlsburg und M. C. A. Sperling, Brauereiarbeiter J. F. Wilt und C. W. M. Arbeiter J. H. A. Wegner und Witwe A. M. C. Kothg Knoop, Arbeiter D. J. H. Thiel und Witwe M. We geb. Kehn, beide in Dorwerf, Maurer A. J. Schöning u J. C. J. Schwarz.

Storbefälle.

17. September. W. J. F. C. Münster, 2 M. 18. C. legenhheitsarbeiter J. H. J. Chr. Langmann, 48 J. Ein t geb. Mädchen, W.: Pferdwehner J. F. H. Peterfen, C. Chr. F. geb. Wöfe, Witwe des Kaufmanns J. C. Freese, 66 J. D. H. geb. Sievers, Witwe des Kaufmanns J. H. D. Meister, 85 J. Matrose F. G. Mann, ca. 55 aus Rysstad in Finnland, 20. M. C. C. geb. Partt Witwe des Bahnbeamten J. Chr. Kirchmann, 59 J. C. L. geb. Wilm, Witwe des Rechtsanwalts und Justizrats F. L. Webe, 78 J. 21. H. M. S. Popp, 15 J. A. J. Kruse, 8 M. Georg F. R. Hansen, 2 M. Ein totdog. M chen, W.: Arbeiter M. H. W. Wallerstein, Metzger B. C. Schmeck, 55 J. (Odisheim), 22. J. C. Stricker, 1 M. M. M. geb. Brammer, Ehefrau des Zimmermeisters C. A. H. Hest, 28 J. Paul R. H. Scholz, 11 M. Knecht W. Böfow, 32 J. (Goostorf), Arbeiter R. J. Lübeck, 55 23. H. J. Chr. Lücke, 56 J. Arbeiter Chr. J. H. Bever, J. C. M. geb. Käder, Ehefrau des Arbeiters H. A. B. Bahr, 84 J. Anna C. C. geb. Brockmann, Ehefrau d Arbeiters W. J. F. Brüh, 24 J. Privatmann H. G. J. Zardell, 74 J. A. M. R. geb. Heitmann, Witwe des beiters D. H. G. Stadländer, 83 J. 24. A. G. J. Rodu 8 J. Paul H. F. Kupferschmidt, 19 J. Karl W. G. Feske, 5 M. 25. Emma S. M. Rehberg, 20 J. Rudolf Duerling, 1/4 J. (Strenglin.) Ein Knabe, 15 Stunden, Güterbodenarbeiter J. H. Woifsn. Kaufmann W. J. König, 57 J. Frida Ch. C. Meier, 19 J. 26. Alfred R. Hochschild, 18 J. Herta W. J. Burmeister, 12 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Der Unterricht in Lehnanstalten ist bis ins kleinste nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken Methode Rustin: Der wissenschaftlich gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann, Der Bankbeamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die Oberrealschule, Das Abiturientenexamen, Die höh. Mädchenschule, Die Handelsschule, Die Mittelschullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der Präparand, Der Militäranwärter. Glänzende Erfolge. Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungs schreiben gratis und franko. Ansichtssendungen bereitwilligst. Bezug gegen kleine monatliche Teilzahlungen.

Bonnens & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

Auf Abbruch billig zu verkaufen e. runder altertümlischer Kachelofen. Zu erfragen Schumacherstraße 5/1.

2 Winterpalettois, 1 Jacketanzug, 1 Mädchenpaletot zu verkaufen Schwartauer Allee 17a.

Mehrere weiße Jacken passend f. Bäcker und ein roter Filzhut für Mädchen billig zu verkaufen Wafenzimmer 23, ptr.

Sehr gut erh. Herren-Winter-Paletot zu verkaufen Saniastr. 35a, ptr.

Eine gut erhaltene Bettstelle mit Sprungfedermatratze zu verkaufen Lühowstraße 25.

Zu verkaufen ein Schaafsfeld, Kinderklappstuhl, eiserne Bettstelle mit Matratze und ein Ofenschirm. Cronsforder Allee 63a.

Magdeburger Eier-Kartoffeln und eine Schweizer Ziege zu verkaufen. Schwartauer Allee 86, Eingang Karlstr.

2 Hühner und mehrere Küken zu verkaufen Mittelbrook 7, I. Stg.

Eine kleine Katze zu verschenken Fleischhauerstr. 100, I.

Garten oder kleines Stück Land vor dem Burgtor zu kaufen oder zu pachten gesucht. Näheres Lühowstr. 15, I.

Feine Wäsche wird gewaschen und geplättet bei Frau Drews, Beckergrube 58, II.

Ba. fetten und mageren Speck per Pfund 85 Pfg. Feinste Salzheringe 5 Stück 20 Pfg. Aepfel und Birnen prima Qualitäten billigste Preise.

Lönnmann & Co. Königstraße 127. Note Lubeca-Marktmärken.

Joh. BOY, Königstr. 61, Telephon 115, Markthallenstand 46.

Schellfische, Schollen, Fischlardonade, Hamburger Stint, Kitzungen, lebende Karpfen, Hechte, Barsche, Suppentreibe.

Tabak- u. Zigarrenhandlung von G. Sölter, Reiferstraße 18

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.

Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emailtieren, Vernickeln billig und gut.

Carl Heynert, Lübeck Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1277

Fahrräder, Laternen, Zubehör und Reparaturen

sind doch am billigsten in der Alfstraße 31 bei Richard Israel.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1909

Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Stogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Reichsvereinsgesetz. — Die Bedeutung der Landtage. — Sozialdemokratische u. Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streit- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Die deutschen Gewerbe-Inspektoren. — Kalenderium und Geschäftskalender. — Müng- und Gewichtstabelle. — Portotafel. — Vielfältiges Adressenmaterial. Außerdem enthält der Kalender ein illustriertes ausgefülltes März-Porträt.

Es beziehen durch jede Parteiluchhandlung und bei den Retailporturen.

Der Verlag Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.